Freitag, 19. August 1932
Nr. 186. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Sächsische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Arbeitsdienstpflicht droht!

Sie muß scheitern an der sofortigen und geschlossenen Gegenaktion der ganzen Arbeiterklasse! — Organisiert in allen Betrieben, Gewerkschaften, Stempelstellen den Widerstand!

Die Rechtspresse meldete gestern, die Reichsregierung werde demnächst für bestimmte Jahrgänge der jugendlichen Erwerbslosen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht veranlassen.

Diese Nachricht wird ergänzt durch nachstehende alarmierende Meldung über die Tagung der führenden Spitze des Großkapitals.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie zur Arbeitsbeschaffung.

CNB. Berlin, 17. August.

Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschäftigte sich heute unter Vorsitz von Dr. Krupp von Bohlen und Halbach mit der wirtschaftspolitischen Lage und nahm u. a. zu der Frage der Arbeitsbeschaffung Stellung. Hierüber wird von dem Verband folgende Erklärung ausgegeben:

Der Reichsverband der Deutschen Industrie vertritt den Standpunkt, daß auf dem Wege einer öffentlichen Arbeitsbeschaffung eine konjunkturfördernde Beeinflussung nicht erreicht werden kann, und lehnt alle uferlosen Pläne, die zur Ausführung von Milliardenprojekten von verschiedenen Seiten aufgestellt worden sind, nach wie vor ab. Eine Besserung der innerwirtschaftlichen Lage und eine allmähliche Behebung der Arbeitslosigkeit kann nach Auffassung des Reichsverbandes nur dann erhofft werden, wenn die innerwirtschaftlichen Hemmungen, die die freien Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigen, beseitigt und die Produktionskosten derartig gesenkt werden, daß die Betriebe wieder rentabel wirtschaften können.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes und der Arbeitsdienstpflicht erörtert. Dabei wurde festgestellt, daß der freiwillige Arbeitsdienst einer möglichsten Förderung bedarf und daß in einem weiteren Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes auch die organischen Grundlagen für eine spätere Einführung der Arbeitsdienstpflicht gefunden werden können.

Wer weiß, daß seit Jahren die Wünsche und Beschlüsse des Reichsverbandes der Deutschen Industrie für die Regierung Befehl bedeuten und fast immer restlos durchgeführt werden — von Papen sicher noch schneller und unverhüllter als von Brüning —, der kann auch voll ermessen, was dieser neueste Unternehmerbeschluß bedeutet. Er ist nichts anderes, als die Bestätigung der von der Rechtspresse etwas voreilig gemeldeten jetzt zur Vorbereitung und unmittelbar vor der Durchführung stehenden Pläne der Reichsregierung.

Nach dem Wunsch und Befehl des Großkapitals wird von der berühmten „Zusätzlichkeit" der Arbeiten des Arbeitsdienstes nichts mehr übrig bleiben, sondern es steht bevor, die völlige Zerschlagung der Lohntarife, „die unwirtschaftlichen Hemmungen", und Einführung des Zwangsarbeitsdienstes ganz allgemein d. h. auch in der Privatindustrie.

Das ist es, was die Rechtspresse mit ihrer Meldung ankündigte. Das ist jedoch im jetzigen Stadium der Papenregierung unbequem. Nach ihrer bekannten Methode will sie überraschend die Oeffentlichkeit vor vollendete Tatsachen stellen. Deshalb wird gegenüber den Meldungen der Rechtspresse vom Reichsarbeitsministerium erklärt, daß dort von solchen Absichten nichts bekannt sei. Es bestehe allerdings die Tendenz, den Freiwilligen Arbeitsdienst weiter auszubauen. In welcher Weise das aber geschehen werde, lasse sich heute noch nicht sagen, zumal das Gutachten über die Frage der Arbeitsdienstpflicht, das die Reichsregierung vom Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst eingefordert habe, bisher noch nicht fertiggestellt sei.

Trotz dieser Erklärung des Reichsarbeitsministeriums steht fest, daß die Bestrebungen auf Einführung der Arbeitsdienstpflicht in verstärktem Maße weitergehen und

daß die Arbeitsdienstpflicht zu den wichtigsten Programmpunkten der gegenwärtigen Reichsregierung gehört.

Wir haben wiederholt an dieser Stelle dargelegt, daß die reaktionären Kreise mit der Arbeitsdienstpflicht in gleichem Maße wirtschaftliche und sozialreaktionäre, wie militaristische Ziele verfolgen. Besonders dieser letzte Gesichtspunkt, in den Arbeitsdiensten eine halb militärisch ausgebildete Truppe für kriegerische Auseinandersetzungen nach außen und nach innen zu schaffen, tritt in der letzten Zeit immer eindeutiger hervor.

Was tun die freien Gewerkschaften und die SPD gegen diese verhängnisvolle Entwicklung? Sie haben bekanntlich den sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst toleriert und unterstützt, obwohl es von vornherein klar war, daß dieser Arbeitsdienst nur die Vorstufe der Arbeitsdienstpflicht sein sollte; nicht zufällig wird jetzt in der offiziellen Erklärung gesagt: „Bisher kann jedenfalls ein außerordentlicher Erfolg des Arbeitsdienstes festgestellt werden."

Durch ihre falsche Haltung gegenüber dem freiwilligen Arbeitsdienst haben Gewerkschaften und SPD bereits schwere Schuld auf sich geladen und der Einführung der Arbeitsdienstpflicht die Wege geebnet. Aber sie haben tausendfach beteuert, daß sie gegen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht kämpfen würden. Wie wird dieser Kampf aussehen? Nach allen bisherigen Erfahrungen, insbesondere auch nach der Haltung des ADGB und der SPD in den letzten Wochen, ist damit zu rechnen, daß man sich mit parlamentarischen Anträgen begnügen wird, die praktisch natürlich keinerlei Bedeutung haben. Gegenüber dieser großen Gefahr, daß die Massenorganisationen der deutschen Arbeiterklasse auch in dieser entscheidend wichtigen Frage versagen werden, ist es doppelt wichtig, daß die Arbeiter selbst, die heute schon vielfach die Auswirkungen des Arbeitsdienstes spüren können, den Widerstand gegen die Arbeitsdienstpflicht organisieren und in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen ihre Verbandsleitungen zu eindeutiger Stellungnahme zwingen über sofortige ganz bestimmte Kampfmaßnahmen gegen die unmittelbar drohende Arbeitsdienstpflicht. Es darf hier unter keinen Umständen ein „ruhiges Abwarten", ein „die Dinge herankommen lassen" geben, denn dann ist es zu spät. Die Arbeitsdienstpflicht ist ein wichtiger Teil der Faschisierung Deutschlands; ihr kann nur begegnet werden, durch die

Mobilisierung der gesamten Arbeiterschaft zu außerparlamentarischen Massenaktionen und Einsatz der ganzen gewerkschaftlichen Machtmittel in den seiner Natur nach politischen Kampf.

Für Brüning und für die Nation

Der verhängnisvolle Kurs der SPD

Als im Frühling dieses Jahres die Regierung Brüning gestürzt und damit die SPD gegen ihren Willen aus der Verantwortung, die sie mit ihrer Tolerierungspolitik getragen hatte, entlassen wurde, da hat wohl mancher an den berühmten alten Ausspruch vom „Schweineglück der Sozialdemokratie" gedacht. Wieder einmal war es der SPD-Führung und der SPD-Presse möglich, in einem Wahlkampf mit radikal klingenden Aufrufen, Reden und Artikeln über den wahren Charakter der sozialdemokratischen Politik hinwegzutäuschen. Die Hunderttausende, die voll ehrlichstem Kampfeswillen und in höchster Opferbereitschaft in die Reihen der Eisernen Front traten, wurden von neuem Vertrauen erfüllt, sie glaubten, daß nun endlich der Kampf gegen die Reaktion, gegen das kapitalistische System aufgenommen werden sollte.

Inzwischen ist so mancher dieser tapferen sozialdemokratischen Funktionäre bereits von Zweifeln erfüllt, mancher in seinem eben erst neu gefestigten Vertrauen wieder erschüttert. Der 31. Juli, auf den alle Kraft der sozialdemokratischen Massen konzentriert werden sollte, ist lange vorbei, und nun sieht man immer deutlicher, daß diese Wahlhandlung nicht die ausschlaggebende Kampfentscheidung war. Auch die sozialdemokratischen Funktionäre werden sich darüber klar, daß dieser neue Reichstag, für dessen Wahl so unermüdlich Tag und Nacht gearbeitet wurde, nicht viel zusammensein und noch weniger arbeiten wird, und mancher mag den Kopf geschüttelt haben, als er las, das die Sozialdemokratische Partei in diesem Zeitpunkt zugespitztesten Klassenkampfes nichts anderes zu tun wußte, als diesem Reichstage ein Bündel von Anträgen einzureichen.

Die Sozialdemokratische Partei will nicht kämpfen, sie kann nicht kämpfen wollen, weil sie weiß, daß jeder außerparlamentarische Kampf heute den Rahmen der bürgerlich-demokratischen Republik sprengen muß, daß akut revolutionäre Situation dann unvermeidlich sind. Die Sozialdemokratie aber haßt heute den Geist der sozialen Revolution genau so, wie es ihr Führer Ebert im November 1918 tat, sie will nicht vorwärts durch Kampf, sondern zurück durch Abwarten, Dulden, Hinnehmen. Zurück zur bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, zurück, um es ganz konkret auszudrücken, zunächst zu Brüning.

Wer das für eine Uebertreibung unserer Polemik hält, der möge einen Artikel zur Hand nehmen, den Siegfried Marck in der Breslauer „Volkswacht" vom 17 August veröffentlicht. Professor Marck ist nicht irgend ein beliebiger Sozialdemokrat, er ist ein Mann, der in der SPD großes Ansehen genießt und der übrigens immer Wert darauf gelegt hat, sich als einer der Wortführer des linken Flügels der SPD zu betrachten. In seinem Artikel kommt er — wir wollen es wörtlich wiedergeben — zu folgenden Ergebnissen:

„Nie also seit Kriegsende war die Situation verbauter, nie tendierte die Entwicklung mehr zu der abschüssigen Bahn von Staatsstreich und Bürgerkrieg. Die einzige geringe Möglichkeit, diese Entwicklung auch nach dem Scheitern von Koalitionsverhandlungen zu vermeiden, soll hier wenigstens angedeutet und zur Diskussion gestellt werden. Sie hieße: sofortige und

Neue Taten der SA

„Ran jetzt, Feuer!"

Wie das „Berliner Tageblatt" aus Köln berichtet, kam es dort auf dem Heumarkt zu einer wilden nächtlichen Schießerei von SA-Leuten. Eine Kolonne von etwa 30 SA-Leuten zog unter Absingen von Kampfliedern durch die innere Stadt. Als ein Kommunist „Heil Moskau" rief, kommandierte der SA-Führer „Ran jetzt, Feuer!" Daraufhin gaben die Nationalsozialisten auf das Publikum zahlreiche Schüsse ab, die nur durch Zufall niemanden verletzten. Als das Ueberfallkommando erschien, flüchteten die Täter. Die Polizei gab Schreckschüsse ab (wenn es sich um Arbeiter gehandelt hätte, wäre bestimmt scharf geschossen worden!) und verhaftete 8 Nationalsozialisten. Die Untersuchung ist im Gange. Die Erregung über das Verhalten der Nationalsozialisten ist in der Bevölkerung außerordentlich stark. Die Menge nahm wiederholt eine drohende Haltung gegen die Verhafteten ein.

Nazis überfallen Zentrumsjugend

Wie die Neue Augsburger Zeitung aus Wemding meldet, überfielen in einer der letzten Nächte 8 Nationalsozialisten drei junge Angehörige der Bayernwacht. Während es einem der Ueberfallenen gelang zu entkommen, wurden die beiden anderen niedergeschlagen und so schwer mißhandelt, daß einer von ihnen blutüberströmt und bewußtlos auf dem Platze blieb.

SA-Leute als Brandstifter

Seit dem Jahre 1929 wurden drei Bauerndörfer in der Nähe von Weimar durch zahlreiche Scheunen- und Strohschoberbrände heimgesucht, wodurch mehrere kleine Landwirte in ihrer Existenz fast vernichtet wurden. Jetzt gelang es, wie der Korrespondent des Berliner Tageblattes aus Weimar meldet, die beiden Täter zu ermitteln. Es handelt sich um den Landwirt Hermann Erbs und den Land- und Gastwirt Alfred Steinmann aus Udestedt. Beide gehören der SA an, Steinmann ist der Führer der SA am Orte. Wahrscheinlich handelt es sich um Racheakte gegen Landwirte, die sich nicht zur NSDAP bekennen wollten.

Nazis haben Waffen!

Wie aus Braunschweig gemeldet wird, erschoß in der SA-Schule in Kreiensen der SA-Mann Kasel aus Unvorsichtigkeit den aus Hannover stammenden jugendlichen Nationalsozialisten Lampe. Der Täter wurde verhaftet. Die NSDAP sucht den blutigen Vorfall in der berüchtigten Kreiensener Kaserne zu verheimlichen, weil durch die Schießerei erneut festgestellt wird, daß die dortigen SA-Zöglinge bewaffnet sind.

In Ratibor beschlagnahmte die Polizei bei einem Motorradstaffelführer der NSDAP über 200 Schuß Militärpatronen, ein Futteral zu einer Parabellumpistole, 2 geladene Maschinenpistolentrommeln, 2 Seitengewehre und 1 ledernes Futteral für eine andere Pistole. Der Staffelführer ist flüchtig.

Dynamitanschlag bei Kottbus

In Groß-Gaglow bei Kottbus, auf dem Gute der Jüdischen Landarbeit G. m. b. H. wurde in der letzten Nacht ein Dynamitanschlag auf ein leerstehendes Haus ausgeführt. Das Haus, ein glücklicherweise noch unbewohnter Neubau, stürzte vollständig in sich zusammen.

radikale Liquidierung des ganzen unseligen Experimentes Papen und Rückkehr zu einer erneuerten, aber geläuterten Brüningpolitik. Eine Wiederherstellung der von Westarp bis Breitscheid reichenden Front der Hindenburgwahl zur Abwehr des Faschismus könnte allem diesem Kampfe seine furchtbarste Zuspitzung nehmen. Der Reichspräsident, der sich der faschistischen Diktatur widersetzt hat, müßte dann freilich auch den zweiten Schritt tun. Er müßte den Irrtum seines überparteilichen Präsidialkabinetts erkennen. Er müßte handeln genau dem Willen derjenigen, die ihn gewählt haben . . . Gewiß müßte auch eine solche Politik angesichts des jetzigen Parlaments mit Ausnahmemaßregeln arbeiten. Aber es bleibt ein Unterschied, ob solche Maßnahmen namens der baldmöglichst wiederherzustellenden Demokratie oder als Uebergang zur Restauration des Obrigkeitsstaates erfolgen . . . Fragen der Reichs- und Verfassungsreform lassen sich mit gescheiten Konservativen zweifellos diskutieren. Aus einer solchen Diskussion könnte bei einem Zurückstecken der heute noch utopischen Wünsche der hohen rechtsgerichteten Bürokratie sich auf einer mittleren Linie eine gemeinsame Basis vielleicht finden lassen."

Was sagen die sozialdemokratischen Funktionäre, die Kämpfer der Eisernen Front zu diesen Auffassungen? Geht ihr Kampf wirklich für die Wiederkehr Brünings, empfinden die Arbeitslosen Notverordnungen dann als weniger drückend, wenn sie „im Namen der baldmöglichst wieder herzustellenden Demokratie" erlassen werden, ist dazu die Eiserne Front gebildet worden, damit schließlich alles endet mit einem hilflos gestammelten Appel an die Einsicht des Herrn Reichspräsidenten? Und wie soll man sich die Verständigung der Sozialdemokratie mit den Konservativen über Reichs- und Verfassungsreform vorstellen? Kein Zweifel, daß die SPD auch auf diesem Gebiete zu den unerhörtesten Zugeständnissen, etwa zu einem Verzicht auf das Wahlrecht der 20 bis 25 jährigen, bereit wäre!

Es handelt sich bei alledem nicht etwa nur um einen einzelnen mehr oder weniger wichtigen Zeitungsartikel. Wo man hingreift, überall findet man die gleiche Hilflosigkeit der sozialdemokratischen Führung, die nur das eine Ziel kennt, allen entscheidenden Kämpfen auszuweichen. Der „Vorwärts" z. B. bringt an der Spitze seiner Abendausgabe vom 17. August einen offenbar parteioffiziellen Artikel „Um die Macht in Preußen." Dieser Artikel ist ein einziger Appell an das Zentrum, von dem gesagt wird, daß es mit seinen Bemühungen um die Bildung einer Koalition mit den Nationalsozialisten ein überaus gefährliches Spiel treibe und sich der Größe seiner Verantwortung bewußt sein müsse. Mit keinem einzigen Wort sagt das sozialdemokratische Zentralorgan, was denn die sozialdemokratische Partei, was die freien Gewerkschaften, die immer wieder so stolz auf die hinter ihnen stehenden Massen verweisen, gegen diese verhängnisvolle Entwicklung tun wollen. Man hat nichts zu sagen, weil man den einzig möglichen Ausweg, den außerparlamentarischen Massenkampf, nicht will.

Es wäre ein großer Irrtum, in diesen Bekenntnissen sozialdemokratischer Führer nur ihre Verlegenheit und Ratlosigkeit zu sehen. Wirkliches Verständnis für die Ursachen dieser sozialdemokratischen Politik gewinnt man nur dann, wenn man immer wieder darauf hinweist, daß all dies in Zusammenhang steht mit der Stellung der heutigen Sozialdemokratie zu Staat und Nation. Man muß Viktor Schiff dankbar sein, daß er in einem Artikel in der Morgenausgabe des „Vorwärts" vom 17. August diese Zusammenhänge ganz rückhaltlos erkennen läßt. Viktor Schiff, einer der führenden sozialdemokratischen Journalisten, macht dem Faschismus einen Vorwurf, den er, der Sozialdemokrat, als einen unerhört schweren empfindet; er erklärt, der Faschismus „zerstört die Nation". Die Sozialdemokratie habe alles getan, um die Arbeiterschaft mit dem Staat auszusöhnen und zur Bejahung der Nation zu bringen — diese nach Schiffs Auffassung gewaltige historische Leistung gefährde jetzt der Faschismus, denn ohne Recht gäbe es kein Vaterland. Doch hören wir einige Sätze von Schiff im Wortlaut:

„Es scheint, daß es den späteren Generationen vorbehalten bleiben wird, die ungeheure Leistung zu begreifen, die darin lag, daß es der deutschen Sozialdemokratie in den Nachkriegsjahren gelungen war, die Arbeiterschaft mit dem Staate zu versöhnen. Die bitteren Erinnerungen an die wilhelminische Kastenwirtschaft, an das Dreiklassenwahlrecht, an den herzlosen Drill beim Kommiß waren in der älteren Generation so fest verwurzelt, daß es nicht geringe Mühe kostete, die Arbeiterschaft von der Notwendigkeit zu überzeugen, auch unter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung den Staat zu bejahen . . . Indem die deutsche Arbeiterschaft den Staat als ihren Staat bejahte, bejahte sie zugleich das Vaterland."

Das ist die Leistung, auf die die Führer der Sozialdemokratie stolz sind! Sie glauben die Massen, die ihnen folgten, dem Vaterlande zugeführt und vom revolutionären Klassenkampf für dauernd entrissen zu haben — und sie rühmen sich dessen vor aller Welt! Das deutsche Proletariat muß ihnen zeigen, daß sie sich in ihren Berechnungen getäuscht haben. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die der Sozialdemokratie trotz allem bisher anhängen, wollen das bestimmt nicht. Die Artikel eines Siegfried Marck, eines Viktor Schiff und all der anderen sozialdemokratischen Führer können, gegen den Willen ihrer Verfasser, Gutes tun, wenn sie den sozialdemokratischen Arbeitermassen die Augen öffnen und ihnen zeigen, daß von dieser Führung niemals die notwendigen Taten zu erwarten sind.

Andererseits ist es aber klar, daß für die entscheidenden Kämpfe der nächsten Zeit neben den Massen der KPD-Arbeiter auch die Massen der Eisernen Front, der Sozialdemokraten und freien Gewerkschafter, unentbehrlich sind. Unsere Aufgabe ist es, unermüdlich in sachlicher, an die Tagesereignisse anknüpfender Diskussion die wachsende Erkenntnis in den Reihen der sozialdemokratisch geführten Arbeiter zu fördern und zu beschleunigen und überall die Ueberzeugung zu verbreiten, daß die Rettung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn es noch in letzter Stunde gelingt, die Kampffront der gesamten Arbeiterklasse unter eindeutig revolutionären Kampfeslosungen zu formieren.

Papen redet — Schleicher handelt

Arbeitsteilung im Kampf gegen die Arbeiterschaft

Der Berliner Vertreter des englischen Telegraphenbüros Reuter berichtet über ein Interview, das ihm Reichskanzler v. Papen gewährt hat. Auf die Frage des Reuter-Vertreters, ob der Kanzler glaube, daß seine Regierung Weihnachten noch im Amte sei, antwortete Papen: „Wir werden für lange Zeit im Amte sein." Weiter erklärte er, es sei nicht die Rede davon, daß seine Regierung dem Reichstag aus dem Wege gehen wolle. Ein Appell an den gesunden Menschenverstand der Parteien könne nicht ohne Erfolg bleiben, da auch die Parteien sich darüber klar sein müßten, daß es keine Regierung gebe, die an die Stelle der gegenwärtigen treten könne. Sollte jedoch ein Mißtrauensvotum zur Annahme gelangen, so würde die Regierung nach Maßgabe der dann geschaffenen Situation handeln, wobei sie in jeder Beziehung die Absicht habe, die Verfassung zu achten.

Der Reuter-Vertreter wies dann darauf hin, daß Hitler entschieden bestreite, in seiner Unterredung mit dem Reichskanzler die volle Staatsgewalt verlangt zu haben. Papen erklärte, daß es in dieser Hinsicht gar keinen Zweifel geben könne. Hitler habe zugegeben, daß er während der vergangenen zwei Monate mit seinen ungeduldigen Anhängern einen schweren Stand gehabt habe und habe erklärt, er könne einen Anteil an der Regierungsgewalt nicht annehmen, sondern müsse sie in ihrer Gesamtheit verlangen. Er könne nur für eine Regierung kämpfen, die sich ganz und gar mit seiner Bewegung identifiziere.

Papen gab weiter der Hoffnung Ausdruck, daß die NSDAP sich nicht zu illegalen Schritten hinreißen lassen werde. Er habe von Hitler eine Zusicherung in diesem Sinne erhalten und habe keinen Anlaß, Hitler nicht zu glauben (!). Auf alle Fälle werde die Regierung nicht zaudern, jede Revolte gegen ihre Autorität auf der Stelle mit Waffengewalt zu unterdrücken. „Wie die Dinge liegen", so schloß Herr v. Papen, „steht das deutsche Volk jetzt wieder geschlossener denn je hinter seinem obersten Führer, dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg, und ist voll Vertrauen in seine weise Führung."

•

Herr v. Papen liebt es besonders, alle paar Tage in langen Interviews der Oeffentlichkeit seine Ansichten und Absichten zu unterbreiten. Daß diese Erklärungen besonders aufschlußreich wären, wird niemand behaupten können. Sie können höchstens geeignet sein, den Eindruck zu bestätigen, daß Papen nicht der führende Kopf dieses Kabinetts ist, dessen Politik vielmehr in erster Linie aus dem Reichswehrministerium bestimmt wird. Was von den Erklärungen Papens über die Respektierung der Verfassung (in deren formellem Rahmen ja im übrigen auch sehr weite Möglichkeiten gegeben sind) und von seinem Vertrauen in die Wahrheitsliebe Hitlers zu halten ist, braucht wohl nicht besonders gesagt zu werden. Das sind Phrasen, die der geistigen Vernebelung dienen sollen, die aber so plump und naiv sind, daß wohl kein denkender Mensch davon beeinflußt werden kann.

Schleichers Vertrauensmann ernannt

Zum Reichspressechef der Reichsregierung ist der bisherige Pressereferent des Reichswehrministeriums, Major Marcks, über dessen Kandidatur für diesen Posten wir bereits berichteten, ernannt worden. Major Marcks ist seit langem der besondere Vertrauensmann des Reichswehrministers v. Schleicher. Als Reichspressechef hat er nicht nur der gesamten Presse gegenüber eine wichtige Funktion, sondern seine Position ist vor allem dadurch bedeutungsvoll, daß er, wenn der Reichspräsident in Berlin weilt, täglich den ersten Vortrag bei Hindenburg zu halten hat. Es liegt auf der Hand, daß sich Schleicher dadurch eine neue starke Einflußmöglichkeit auf den Reichspräsidenten und auf den Gang der weiteren politischen Ereignisse geschaffen hat.

Als weiterer Vertrauensmann Schleichers sitzt schon seit einiger Zeit Herr v. Carlowitz in der Presseabteilung, und in der Reichskanzlei ist Staatssekretär Planck als enger Freund Schleichers anzusehen. Es wird immer deutlicher, wer heute der entscheidende Mann in Deutschland ist.

Deutschlands Aufrüstung

Verhandlungen über den Umbau der Reichswehr

Die „B. Z. am Mittag" brachte dieser Tage eine Meldung, in der mitgeteilt wurde, zwischen Deutschland und Frankreich fänden Verhandlungen über einen Umbau der Reichswehr statt. Hierzu wird jetzt von zuständiger Seite ein „Dementi" veröffentlicht, das in Wirklichkeit die Meldung des Berliner Mittagsblattes bestätigt. Es wird erklärt, schon während der Abrüstungskonferenz hätten derartige Besprechungen über dieses Thema stattgefunden, und diese Fühlungnahme sei auch jetzt fortgesetzt worden. Es handle sich aber nur um „formlose Unterredungen"!

In diesem Zusammenhang wird von der „zuständigen Stelle" wieder einmal erklärt, „das gesamte deutsche Volk" fordere diesen Umbau der Reichswehr als „eine Selbstverständlichkeit". Das ist eine Lüge, der nicht entschieden genug entgegengetreten werden kann. Umbau der Reichswehr bedeutet nichts anderes als Verstärkung der deutschen Rüstungen, der deutschen Vorbereitungen für den neuen imperialistischen Krieg. Die klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft, die immerhin einen sehr wesentlichen Teil der deutschen Bevölkerung darstellt, ist der schärfste Gegner solcher Kriegsvorbereitungen und lehnt es eindeutig ab, sich in eine neue nationale Einheitsfront hineinmanövrieren zu lassen.

Ein Blick hinter die Zentrumskulissen

Der „Dortmunder General-Anzeiger" veröffentlicht einen interessanten Bericht über Vorgänge, die sich in der letzten Zeit, für die Oeffentlichkeit unbemerkt, in den Reihen des Zentrums abgespielt haben. Nach dem starken Hervortreten Brünings während des Wahlkampfes wurde es vielfach als selbstverständlich angesehen, daß er künftig die Führung der Zentrumspartei übernehmen würde. Nach den Informationen des genannten demokratischen Blattes ist aber inzwischen hinter den Kulissen einiges vorgegangen. Das Ergebnis ist, daß Brüning im Zentrum in nächster Zeit keine hervorragende Rolle spielen dürfte. Es gilt als ausgeschlossen, daß er als Nachfolger des Prälaten Kaas, dessen Rücktritt wohl unmittelbar bevorsteht, Parteivorsitzender wird, und es ist auch sehr zweifelhaft, ob Brüning den Vorsitz der Reichstagsfraktion des Zentrums wieder übernimmt.

Offensichtlich hängt diese Zurückdrängung Brünings damit zusammen, daß man seine Person als ein besonderes Hindernis für die Verständigung des Zentrums mit der jetzigen Reichsregierung und den Rechtsparteien ansieht. In diesem Zusammenhang ist von besonderem Interesse, daß der „Dortmunder General-Anzeiger" mit Bestimmtheit versichert, der Einfluß Papens in Rom, also beim Vatikan, sei sehr groß und habe sich in letzter Zeit nicht etwa vermindert, sondern weiter gesteigert. Papen habe, wahrscheinlich auch über den Vatikan, stark beim Zentrum darauf gewirkt, daß es doch einem Kabinett, das nunmehr Ruhe und Ordnung schaffen wolle, nicht schroff ablehnend gegenüberstehen dürfe. Diese Gedankengänge sollen in Zentrumskreisen günstige Aufnahme gefunden haben.

Diese Informationen des „Dortmunder General-Anzeiger" ergänzen die Auffassung, die wir an dieser Stelle bereits mehrfach über die Bemühungen des Zentrums, festen Anschluß nach rechts zu suchen, dargelegt haben.

Der beginnende Riesenstreik in England

Der Streik der 200 000 Baumwollweber in England hat entgegen allen bis Sonntag vorliegenden Meldungen am Montag noch nicht eingesetzt. Von Gewerkschaftsseite ist der Streik um 14 Tage, auf den 27. August, verschoben worden. Aber alle Versuche, noch zu einer Einigung zu kommen, scheitern und es hat den Anschein, daß die Gegensätze und die Erbitterung der Arbeiter durch die Hinauszögerung des Gesamtstreiks nur gesteigert werden und schon jetzt zu Teilstreiks bezw. Teilaussperrungen der Unternehmer führen. Dafür und auch für die Tatsache, daß in den andern englischen Industriezweigen das Barometer auf Sturm steht, legen nachstehende Meldungen Zeugnis ab:

WTB. London, 17. August.

Die Lage in der Baumwollindustrie entwickelt sich immer mehr dem drohenden Streik zu. Der Vorsitzende der Baumwollspinnereien- und Fabrikantenvereinigung erklärte, daß die Arbeitgeber keine Intervention von außen in der Frage der Wiederanstellung entlassener Arbeiter dulden würden, während von Seiten der Arbeiter Entschlossenheit zum Streik versichert wird. In verschiedenen Baumwollgebieten wurden die Arbeiten als Protest gegen Lohnkürzungen eingestellt. In Failsworth legten 600 Arbeiter, in Bolton 1200 Arbeiter die Arbeit nieder. In Burnley ist die Lage nach den Zusammenstößen der letzten Tage heute wieder ruhig, aber die Fabriken sind von Streikwachen umgeben und Versuche, den Betrieb wieder aufzunehmen, sind vergeblich verlaufen.

Schiffsbaugewerkschaften für 40-Stundenwoche

WTB. London, 17. August.

Die Organisation der Schiffsbau- und Maschinenbaugewerkschaften setzte sich heute auf einer Konferenz in York einstimmig für die Vierzigstundenwoche als das einzige Mittel zur Lösung der schweren Wirtschaftskrise in der Schiffsbauindustrie ein. Es wurde betont, daß eine Reihe von Schiffsbaugebieten vollkommen darniederliegen, sodaß die Ueberleitung einer großen Zahl geschulter Arbeiter in andere Gebiete notwendig sei.

Lausanne-Anleihe angenommen

Wien. Der Nationalrat hat das Lausanner Anleiheprotokoll mit 81 gegen 89 Stimmen angenommen.

Achtung, „Vorwärts"-Konsummitglieder

Wie wir soeben erfahren, ist den Gläubigern von Sparguthaben im Breslauer Konsum-Verein „Vorwärts", der bekanntlich Zahlungseinstellung beschlossen hat, mitgeteilt worden, daß der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Voigt von der Konsumverwaltung zur Vertrauensperson der Gläubiger vorgeschlagen wird. Voigt soll also die Interessen der Sparguthabengläubiger in dem Vergleichs- oder evtl. Konkursverfahren vertreten.

Wir sind überzeugt, im Interesse der erdrückenden Mehrheit der Spargläubiger zu handeln, wenn wir gegen diese Funktionsübertragung protestieren. Voigt ist durch seine Vergangenheit der Breslauer Arbeiterschaft, selbst auch den sozialdemokratischen Mitgliedern alles andere als rühmlich bekannt. Erinnert sei nur daran, daß er als der erste Breslauer Polizeipräsident in den Revolutionsjahren von der Arbeiterschaft beseitigt wurde, weil er mit der Konterrevolution konspirierte. Er ist heute Geschäftsführer bei der sozialen Bauhütte und seine Tätigkeit im Konsumverein war derart, daß er mit der rechten Bürokratie immer durch Dick und Dünn ging. Voigt ist daher der ungeeignetste Vertreter für die Spargläubiger. Wir fordern daher die Konsummitglieder auf, sich zur Wahrnehmung ihrer Interessen einen anderen Vertrauensmann auszusuchen, sich jedoch keinesfalls mit ihrer Vertretung durch Voigt einverstanden zu erklären.

Neue Kämpfe in der Mandschurei

WTB. London, 17. August.

Wie Daily Expreß aus Niutschwang in der Mandschurei berichtet, haben japanische Kriegsschiffe Truppen der chinesischen Aufständischen bombardiert und Abteilungen japanischer Matrosen gelandet. Niutschwang ist von den Aufständischen umzingelt.

Die Wahrheit über Ohlau

(Von unserem nach Brieg entsandten Sonderberichterstatter.)

E. K. „Die Blutschuld des Reichsbanners", Hetzreden und Aufreizung schon vor dem Ueberfall." In schreienden Schlagzeilen dieser Art ergeht sich in diesen Tagen die Rechtspresse über die Vorgänge des Ohlauer Blutsonntags. Man appelliert an die Gläubigkeit der Leser. Denn wer von ihnen weiß, was in dem kleinen Verhandlungsraum der Brieger Großen Strafkammer wirklich vorgeht? Aber eben dort bricht sich durch allen Schmutz bewußter und unbewußter Entstellung jetzt etwas anderes Bahn, nämlich die unverfälschte Wahrheit.

In einer Zeit der schärfsten politischen und sozialen Gegensätze pflegen keine weichen Worte zu fallen. Und waren der vor einiger Zeit verübte bestialische Bankauer Mord, der bis heute keine gerichtliche Sühne gefunden hat, die Vorgänge im gleichen Ort am 17. April, der brutale Ueberfall auf die Kätnerfamilie Franz in Thomaskirch am 3. Juli, alles Ereignisse im Kreise Ohlau, und die von der gleichen SA verübten Ausschreitungen in Brieg am 10. Juli keine Provokation?

Man stelle einmal die Frage so, ungeachtet dessen, daß der als „Hetzredner" beschuldigte Angeklagte durch die nachträgliche Einschränkung des Belastungszeugen und das Beweisaufnahmeergebnis gar nicht mehr der Anschuldigung zu zeihen ist. Diese Feststellungen scheinen freilich nicht bis an die Ohren der berichterstattenden Rechtskoleur zu dringen. Wir brauchen die Vorfälle am Ohlauer Schloßplatz nicht zu beschönigen. Der Ueberfall an dieser Stelle ist der einzige, bei denen einige Angeklagte nicht nur mit Schlagwerkzeugen in der Hand getroffen, sondern auch beschuldigt worden sind, eingeschlagen zu haben. Daß dabei Worte gefallen sind, die das Gericht für belastend halten kann, ist bei der ungeheuren und berechtigten Erregung der Arbeiterschaft über das Verhalten der SA und SS in und um Ohlau vor und bis zu dem 10. Juli zu verstehen. Aber dieser Vorfall findet durchaus ein Gegenstück in dem

Häusersturm der SA auf der Oderstraße.

Auch hier gab es Verletzte, auch hier traf es Unbeteiligte, darunter sogar Frauen, die Schußverletzungen erhielten.

Entscheidend bleibt demnach die Frage, wer „angefangen" hat, wer die tatsächliche und moralische Schuld an den Vorfällen trägt. Und sie trägt, das hat die Beweisaufnahme gerade gegen die Aussagen der Nazizeugen gegeben, die SA. Es war dieselbe SA, die schon am Nachmittag in Brieg sich Polizeigewalt anmaßte, Andersdenkende belästigte und auf dem Neumarkt Kommunisten mit Revolvern, Schlagringen, Totschlägern grundlos angriff und verletzte, die dann in Ohlau friedliche Arbeiter und Bürger überfiel, weil ein einziger auf ihre organisierten Sprechchöre und provozierenden Gesinnungsrufe mit dem Gegenruf „Freiheit" zu antworten wagte.

Das war der Auftakt zum Ohlauer Blutsonntag. Dann kam der Häusersturm der SA auf der Oderstraße und dann erst der Vorfall am Schloßplatz und auf der August-Feige-Straße wo zum erstenmal Reichsbannerleute auf SA-Männer und solche, die sie irrtümlicherweise dafür hielten, einschlugen. Daß die Alarmierung der Reichsbannerleute jedoch mit dem Ruf „Alles raus, wir werden überfallen" vor sich ging, also unter dem Hinweis auf einen vorangegangenen Ueberfall der SA, ist durch unparteiische Zeugen erwiesen und spricht ebenfalls für die Blutschuld der SA.

Es mutet überhaupt an, als habe die SA eine

Zernierung der Stadt Ohlau beabsichtigt.

Die SS und SA hat mit ihren mehreren hundert Mann die Brückenköpfe besetzen wollen. So scheint es uns. Sie hat auswärtige Nationalsozialisten auf Rädern bis zu den Brückenköpfen begleitet, sagt der Zeuge „Stabsführer" Müller aus Breslau. Dabei kam es zum Häusersturm und der blutigen Schießerei auf der Oderstraße — davon hat Müller nichts gesehen — und dabei kam es auch zu dem letzten Zusammenstoß auf der Post- oder Ohlebrücke. Doch bei der Schilderung gerade der dortigen Vorgänge, die die Angeklagten und besonders den Arbeitersekretär Manche schwer belasten sollten, erleben wir etwas Merkwürdiges. Die SA- und SS-Leute geben in der Verhandlung, wie selbst der Vorsitzende des Gerichts feststellen muß, völlig widersprechende Aussagen. Der eine hat vor dem Trupp von 350 Nazis 30 bis 50 Radfahrer herziehen sehen, die überfallen wurden, der andere SS-Zeuge, der neben dem ersten stand, weiß davon nichts. Der eine SS-Mann hat dabei von links schießen gehört, der zweite von rechts vor der Brücke, der dritte von rechts hinter der Brücke, der vierte von der Brücke selbst, der fünfte will überhaupt keinen Schuß auf der Brücke gehört haben, sondern seitlich rechts aus dem Gebüsch. Der Schütze aber soll Mancho gewesen sein. Nun gibt Manche auch zu, mit seinem polizeilich genehmigten Revolver in die Luft geschossen zu haben, allerdings auf der Flucht vor ihn bedrängenden Nazis. Das sagt sogar ein vereidigter SS-Zeuge aus. Andere dagegen beeiden das Gegenteil. Manche habe, ihnen zugewandt, auf der Brücke mehrmals geschossen. Der eine behauptet, er habe dabei mitten auf den 20 bis 30 Mann starken Nazivortrupp gezielt. Getroffen ist merkwürdigerweise niemand worden. Dagegen ist dem SS-Mann Hein bei der Brücke eine Pistole abgenommen worden und weiter

eine aufsehenerregende Erklärung des Staatsanwalts

während der Verhandlung: der dem Arbeitersekretär Manche von den verfolgenden SS-Leuten abgenommene Revolver ist verschwunden! Manche ist mit schweren Wunden in seinem Blute liegend aufgefunden worden. Ein SS-Mann lag erschlagen, nicht erschossen, in der Ohle. Das sind die beiden Opfer dieses letzten Vorfalls, den das Eingreifen der Polizei beendete.

Aber auch hier leistete das Reichsbanner auf die Rufe der Polizei „Straße frei" keinen Widerstand, dasselbe Reichsbanner, das auf der August-Feige-Straße den Aufforderungen der Beamten, stehen zu bleiben, sofort gehorchte, während die von der Gegenseite anrückenden Nazis laut den Aussagen des Beamten diesen Befehl nicht befolgten. Die Wahrheit über Ohlau hat also ein anderes Gesicht. Nimmt man dazu die unverantwortliche Fahrlässigkeit des Bürgermeisters Haunschild, der jede Sicherungsmaßnahmen unterließ und seine 5 Mann Polizei trotz eines auswärtigen Verstärkungsangebots für ausreichend hielt, bis es zu spät war, so rundet sich das Bild, auf dem freilich die Nazis in etwas anderem Licht dastehen. Nicht umsonst scheint uns der Vorsitzende des Sondergerichts die

aufsehenerregende Mitteilung

gemacht zu haben, daß die Akten des überstürzten Ermittelungsverfahrens für die Anklage und Beweisaufnahme infolge ihrer Unzuverlässigkeit überhaupt nicht zu benutzen sind. So steht es mit dem bisherigen Verhandlungsergebnis. Proleten sitzen auf der Anklagebank. Die Schuldigen stehen davor und malen die Schrecken des Bürgerkrieges, den sie selbst entfacht haben und mit Bomben und Handgranaten heute noch führen, in blutrünstigen Farben.

Der dritte Verhandlungstag

Die Mittwoch-Verhandlung über die Ohlauer Vorgänge in Brieg begann zunächst mit einer Reihe von Beweisanträgen der Verteidigung, die den Nachweis erbringen sollten, daß die Schuld an den Unruhen nicht allein das Reichsbanner, sondern auch die Nationalsozialisten tragen. Diese Beweisanträge wurden von dem Gericht sämtlich abgelehnt. Der Charakter des Sondergerichts trat bei diesem Vorfall besonders deutlich hervor. Anschließend gab Dr. Braun eine Protesterklärung ab, die sich gegen die subjektiv und objektiv falsche Berichterstattung der Rechtspresse wendete. Auch wir sind ja im Hauptblatt kurz darauf eingegangen. Der Vorsitzende bestreitet, daß von einer bewußt unrichtigen Berichterstattung die Rede sein könne.

Die darauf folgende Zeugenvernehmung beginnt mit der Aussage des SA-Führers Vollenbruch. Der Zeuge sah den Treckervorfall auf dem Schloßplatz, wo Reichsbannerleute die Verschlußplanke des Anhängers heruntergerissen und auf die darin sitzende Besatzung eingeschlagen haben sollen. Der Zeuge selbst ist dabei verletzt worden. Nun folgt der SA-Mann Hein, der besonders die Vorfälle an der Postbrücke und, wie uns scheint, nicht unbeteiligt beobachtet hat. Er glaubt, von der Postbrücke her Schüsse erhalten zu haben, von denen er einfach annimmt, daß sie den Nationalsozialisten galten. Es ergaben sich jedoch, wie der Vorsitzende bei seinen Aussagen feststellt,

„merkwürdige Widersprüche".

Einem von Nationalsozialisten verfolgten Mann (!) — gemeint ist der Arbeitersekretär Manche — ist er begegnet, weiß aber nicht, ob die Schüsse, die diese abgegeben haben sollen, vor oder während der Verfolgung abgegeben wurden. Er gesteht schließlich ein, daß er das alles nur vom Hören, nicht aus Augenschein weiß. Ihm selbst ist nach dem Vorfall ein Trommelrevolver abgenommen worden. Der nächste SS-Mann gibt eine blutrünstige Bürgerkriegsschilderung und erklärt, wie ja sämtliche nationalsozialistische Zeugen, der Kampf auf dem Ring sei durch einen Steinwurf seitens der Menge eröffnet worden. Dieser Zeuge hat, das wollen wir als Kuriosum erwähnen, sogar „Barrikaden" gesehen. Vom Verteidiger Dr. Braun am Ende seiner Aussage darüber befragt, erinnert er sich nicht, wenige Minuten vorher das Wort gebraucht zu haben. Der Vorsitzende des Gerichts entgegnet auf seine Aussagen: „Diese Darstellung habe ich nicht verstanden."

Indes ist die verwirrende und unklare Darstellung der nationalsozialistischen Zeugen über die schweren Vorfälle an der Ohlauer Ohlebrücke symptomatisch. Immer wieder taucht einem bei diesen Aussagen der Verdacht auf, als ob die SA hierbei alles andere als unbeteiligt gewesen sei. Ein Befehl zum Aufbruch wurde wieder rückgängig gemacht. Auf die Frage nach der Herkunft des Befehls erklärt der Zeuge: „Das weiß ich nicht, Befehle hat es viele gegeben." Schüsse hat er „andauernd gehört", unter anderem vom Schloßplatz, wo nach dem Ergebnis der bisherigen Beweisaufnahme überhaupt nicht geschossen worden ist. Den Mann auf der Postbrücke (gemeint ist wieder der Arbeitersekretär Manche) sah er auch, seine Schüsse sollen ihm gegolten haben. Vorher seien auch Schüsse gefallen, was bisher kein Zeuge aussagte. Er erklärt weiter, es sei alles dunkel gewesen, worauf ihm der Vorsitzende entgegnet, daß ja dort sogar zwei Lampen brannten. Von der Schlägerei auf der Brücke hat er nichts gesehen, ebenso davon nichts, wie die Landjäger über die Brücke vorgingen. Sämtliche SA- und SS-Zeugen, die außer ihnen darüber vernommen werden, malen aber gerade diese Szene sehr ausführlich, wenn auch widersprechend aus. Der Nazi-Zeuge Schneider schildert uns mehrmals das Vorgehen der SA mit der für ihn scheinbar selbstverständlichen Begründung:

„Die SA stellte die Ruhe und Ordnung wieder her."

Zu den Vorgängen auf der August-Feige-Straße erklärt er, die Menge habe den Wachtmeister „beiseite gequetscht", die gegenüberstehende SA dagegen habe sich ruhig verhalten. Wörtlich das Gegenteil sagte jedoch am zweiten Verhandlungstage der dort anwesende Polizeibeamte aus. Der Zeuge Schneider sowohl wie die Zeugin Haar wollen einige Angeklagte mit Schlagwerkzeugen in der Hand und auch bei Tätlichkeiten gesehen haben. Zwischen der Zeugin Haar und der Angeklagten Kose kommt es darauf zu einem heftigen Wortwechsel, worauf der Vorsitzende ihr entgegenhält: „Sie sind wohl verfeindet mit Frau Kose?" Der Verteidiger Rechtsanwalt Mosbach nennt eine Reihe Zeugen, die die Angeklagte Morawe während der Vorfälle, an denen sie beteiligt gewesen sein soll, in einer Haustür stehen gesehen haben. Zeuge Berthold Junkens bekundet, daß der Angeklagte Trettau bei der Abfahrt des Reichsbannerautos von Stannowitz neben ihm gestanden habe und daß er mit diesem nachher in den Garten gegangen sei. Die Eltern des Angeklagten Ruhm bezeugen, daß ihr Sohn um 8 Uhr abends von Laskowitz zurückgekommen und dann nur um 3/4 9 das Haus auf eine Viertel-Stunde verlassen habe. Der Apotheker Wettke schildert den Ueberfall auf den Trecker und Anhängewagen. Vom Verteidiger auf eine anderslautende Aussage im Ermittelungsverfahren aufmerksam gemacht, bescheinigt der Vorsitzende des Gerichts die

völlige Unklarheit und unlösliche Widersprüche in den Ermittelungsakten.

Er sieht sich außerstande, aus den Vorhaltungen der Ermittelungsakten das wirkliche Verhalten der Angeklagten und die tatsächlichen Aussagen der Zeugen beurteilen zu können. Die Zeugen Persicke und Kattlarzig schildern ebenfalls den Treckervorfall. Der letztere Zeuge hat dabei gesehen, wie ein Arbeiter, der einen Messerstich in der rechten Seite hatte, von dem jungen Nationalsozialisten Reichelt festgehalten wurde.

Es folgen weitere Augenzeugen des Treckervorfalls auf dem Schloßplatz, darunter, auch einige Angehörige der Reichswehr.

Die „unpolitische" Reichswehr

schildert den Ueberfall der „Mordbanditen" und will dabei auch den Angeklagten Mayer erkannt haben. Auf die Frage eines Verteidigers verweigert der Zeuge Oberreiter Lattner die Aussage und muß erst vom Vorsitzenden zurechtgewiesen werden, daß ihm ein Zeugnisverweigerungsrecht nicht zusteht. Vom Verteidiger darauf aufmerksam gemacht, daß er früher, und zwar an verschiedenen Stellen seiner Aussage von zwei Gebrüdern Mayer und im Plural gesprochen habe, gibt er die aufschlußreiche Antwort: „Das muß bei der Schwadron verwechselt worden sein." (!) Auch Oberreiter Pajonk sah „eine ganze Herde von anständigen Leuten", wie er das Reichsbanner im ironischen Jargon seiner Vorgesetzten zu bezeichnen beliebte. Auch er will den Angeklagten Mayer bei dem Treckervorfall gesehen haben. Aber nun kommen eine ganze Reihe von Entlastungszeugen, die Zeugin Helene Wabnitz, die bekundet, daß sie sich um 8 Uhr mit dem Angeklagten getroffen und dann von Ohlau nach dem eine Viertelstunde entfernten Dorf Neuberge gegangen sei. Noch um 1/4 10 sah die Zeugin Elli Hummel den Angeklagten in einem Dorflokal tanzen, während ihre Freundin Elsbeth

Jeder kennt sie, „die köstliche Juno"

und ihren durch hervorragende Güte festbegründeten Ruf.

Dieser verpflichtet zu Höchstleistungen, welche Zugaben in Form von Wertmarken, Gutscheinen oder Stickereien verbieten.

Erlesene Tabake - Frische und volles Format, nur diese Tatsachen sollen für Juno sprechen.

Stanschock bekunden kann, daß er auch in der Zeit von seiner Ankunft bis zu dieser Stunde dort anwesend gewesen sei. Die Zeuginnen Stanschock und Ulbrich werden hierzu noch geladen. Der Oberreiter Willi Gebauer hat den Angeklagten Haselbach unter den Reichsbannerleuten, die auf einen älteren Mann einschlugen, gesehen. Daß Haselbach jedoch mit zugeschlagen habe, entzieht sich seiner Kenntnis. Bemerkenswert ist seine Bekundung, daß der von ihm geschilderte Ueberfall entgegen den anderen Zeugenaussagen sich nicht im Anschluß an den Treckervorfall abspielte. Die Zeugin Helene Wabnitz, die ebenfalls Haselbach gesehen haben will, bekundet jetzt, ihn mit Bestimmtheit erkannt zu haben, während sie noch im Ermittelungsverfahren bemerkte: „Ich glaube mich nicht zu täuschen, daß es Haselbach ist." Und nun kommt eine ganz eigenartige Aussage des Zeugen Alfons Schieweck. Dieser nämlich hat in den frühen Morgenstunden des nächsten Tages einige junge Menschen erblickt, die sich an dem Treckeranhänger etwas zu schaffen machten und auf ihn Gegenstände, dem Aufschlagen nach Steine, warfen. Da bei der früheren Vernehmung ein Zeuge bekundete, daß sich auf dem Anhänger keine Steine befunden hätten und auch der Landjäger die Steine erst am nächsten Morgen festgestellt hat, wird man also annehmen müssen, daß diese Steine nicht von der Menge und während des Ueberfalls, sondern später darauf geworfen wurden.

Schlesische Chronik

Tödlicher Verkehrsunfall

Ein tödlicher Verkehrsunfall ereignete sich am Dienstag gegen 20,20 Uhr auf dem Königsplatz. Als ein Straßenbahnzug der Linie 1, der in Richtung Westendstraße fuhr, sich der Haltestelle am Königsplatz näherte, sprang vom vorderen Perron des Anhängewagens eine ältere weibliche Person von dem noch in Fahrt befindlichen Zuge ab. Beim Abspringen geriet sie unter den Perron des Anhängewagens und wurde eingequetscht. Mit Hilfe von zahlreichen Straßenpassanten wurde der Wagen gehoben und die Schwerverletzte aus ihrer Lage befreit. Die Verunglückte wurde in das Allerheiligen-Krankenhaus gebracht, wo sie nach kurzer Zeit an den Folgen der schweren Verletzungen verstarb.

Die Personalien der Verunglückten konnten zunächst nicht festgestellt werden, da keinerlei Ausweispapiere bei der Toten gefunden wurden. Die angestellten Ermittelungen hatten das Ergebnis, daß die Verunglückte die 64jährige Witwe Auguste U. ist, die in der Neißer Straße wohnhaft war.

Typhus in der Gegend von Kanth

In der letzten Zeit sind in der hiesigen Gegend vereinzelt Fälle von Typhus festgestellt worden. Die Krankheit scheint immer mehr um sich zu greifen, denn bis jetzt sind eine ganze Anzahl Personen unter Typhusverdacht ins Krankenhaus eingeliefert worden. Ueber den Krankheitsherd dürften erst die eingehenden kreisärztlichen Untersuchungen genauen Aufschluß geben.

Frei erfunden

Wie bereits berichtet, hatte der 29jährige Kaufmann Hans Werner Jacob, der gegenwärtig in Sachwitz bei Tinz wohnhaft ist, beim Amtsvorsteher in Tinz eine Anzeige gegen sich selbst erstattet. Er erklärte, ein Mädchen, mit dem er verkehrt hatte, umgebracht zu haben. Die angestellten Ermittlungen hatten das Ergebnis, daß ein Verbrechen nicht verübt worden war. Jacob hat auch schließlich zugegeben, daß er die ganze Angelegenheit erfunden hat. Er hat offenbar die Anzeige gegen sich aus Wichtigtuerei heraus erstattet. Jacob ist nun dem zuständigen Kreisarzt zum Zwecke der Abgabe eines Gutachtens überwiesen worden.

Brände in Schlesien

Münsterberg. Aus ungeklärter Ursache entstand in Tarchwitz bei dem Gutsbesitzer Langnickel ein Brand, der vom Pferdestall ausging und dann auf die 40 m lange Scheune übergriff und diese völlig einäscherte. Die gesamte Ernte und eine große Zahl landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte wurde ein Raub der Flammen, während das Vieh gerettet werden konnte. Die zahlreichen Feuerwehren konnten nur mühsam ein Uebergreifen des Großfeuers verhüten.

*

Nimptsch. Ebenfalls aus ungeklärten Gründen brach heute früh in Grögersdorf bei dem Gutsbesitzer Eulig ein Großfeuer aus, das die Wirtschaftsgebäude einäscherte. Auch hier ist der Schaden groß, da erhebliche Erntevorräte verbrannten.

*

Sagan. Im Fürst zu Solms-Baruthschen Revier bei Hasenau entstand ein Waldbrand, durch den anderthalb Morgen Schonung vernichtet wurden. Glücklicherweise war das Feuer bald bemerkt worden, so daß die Dohnser Feuerwehr wie die Wehren der umliegenden Ortschaften den Brand schnell eindämmen konnten. — Auch an der Bahnstrecke Priebus—Hausdorf entstanden kleinere Waldbrände, und zwar durch Funkenwurf einer Lokomotive, die jedoch sämtlich bald gelöscht werden konnten.

Unwetterschäden in Schlesien

Lüben. Am Dienstag Nachmittag ging im Kreise Lüben wieder ein großes Unwetter mit Hagelschlag nieder, der in den Obstgärten und Alleen sehr großen Schaden anrichtete. In Mollmitz zündete ein Blitz die 25 Meter lange Scheune des Gutsbesitzers Breitzer, die mit Erntevorräten gefüllt war, an; sie brannte völlig nieder. In Klein-Kniehen brannte die mit Erntevorräten der 156 Morgen großen Wirtschaft bis obenan gefüllte Scheune des Gutsbesitzers Weidner vollständig nieder.

*

Oels. Gestern abend gegen 18 Uhr wurden auf dem Dominium Nieder-Schmollen Schafstall und Scheune durch Blitzschlag eingeäschert. Die gesamte Weizenernte des Dominiums ist vernichtet. — Ein schwerer Hagelschlag, der vor allen Dingen über die Stadt Oels zog, hat an den Obstbeständen großen Schaden hervorgerufen. Durch Blitzschlag wurde das Dach der Probstkirche in Oels beschädigt.

*

Breslau. Die Gewitter am Dienstag Abend und Mittwoch Morgen haben in den Stromleitungen der Städtischen Elektrizitätswerke und in der Stromzuleitung des E. W. Schlesien zum städtischen Stromnetz verschiedentlich Stromstörungen hervorgerufen. Am Dienstag Abend und Mittwoch früh kam es zu erheblichen Störungen im Straßenbahnverkehr.

Kumpeltod

Hindenburg, 17. August.

Auf dem Glückauf-Schacht wurden durch Zubruchegehen eines Pfeilers die Häuer Wilhelm Kolotzek und Joachim Gwosdz getötet.

Unfälle, Selbstmorde . . .

Breslau. Gestern Abend sprang auf dem Königsplatz eine etwa 60jährige Frau von der vorderen Plattform des Anhängewagens einer noch in Fahrt befindlichen Straßenbahn. Sie geriet unter den Wagen und wurde so schwer verletzt, daß sie nach kurzer Zeit verstarb. Es handelt sich um die 64jährige Witwe Auguste U. aus Breslau.

*

Breslau. In der Nacht zu Mittwoch wurde der 65jährige Invalide Fritz K. in seiner Wohnung in der Reichstraße gasvergiftet tot aufgefunden. Er hat Selbstmord begangen; das Motiv zur Tat ist noch nicht geklärt.

*

Waldenburg. Am 10. August wurde an der Schillerhöhe die Leiche einer hiesigen Arbeiterin erhängt aufgefunden. Es wurde zunächst angenommen, daß diese Selbstmord verübt habe. Nachträglich haben sich Personen gemeldet, die einen Maschinenwärter aus Waldenburg beschuldigten, die Frau vergiftet zu haben. Bei der Obduktion der Leiche konnte kein Merkmal einer Vergiftung festgestellt werden. Der Maschinenwärter wurde jedoch zur Klärung der Angelegenheit dem Amtsgericht zugeführt.

*

Reichenbach. Der seit dem 11. Juli vermißte Rentenempfänger Josef Rösner aus Langenbielau wurde beim Abernten eines Haferfeldes als Leiche aufgefunden. Man vermutet, daß er auf einem Spaziergang von einem Unwohlsein betroffen wurde, sich setzte und dann unbemerkt starb.

*

Kreuzburg. In Lewkowitz spielten die Kinder eines Arbeiters im Hof eines Bekannten, in dem gerade Klempnerarbeiten ausgeführt wurden. Unglücklicherweise hatten die Klempner auf dem Brunnenrand eine Salzsäureflasche stehen lassen, die in einem unbewachten Augenblick von dem 1½jährigen Söhnchen des Arbeiters ergriffen und zum Teil ausgetrunken wurde. Ein Lehrling bemerkte die Tat des Kleinen zu spät. Der sofort herbeigerufene Arzt konnte das Kind nicht mehr retten; es verstarb unter großen Qualen am nächsten Morgen.

Bundesmeisterschaften der Arbeiterleichtathleten in Dresden

Riesenbeteiligung der Dresdener Sportgemeinde! Harte Kämpfe und wankende Rekorde!

Ergebnisse der Männer:

100 m Einzellauf: 1. Hoch ATV Wien, 11 Sek.; 2. Große Dresden, 11 Sek. (im Zwischenlauf 10,9).
200 m Einzellauf: 1. Warz München, 22,5 Sek.; 2. Hoch, ATV Wien, 22,6 Sek.
400 m Lauf: 1. Kotzel, Vafö, Wien 51,4 Sek.; 2. Bauer, ATV Wien, 52,9 Sek.
800 m Lauf: 1. Schirdewahn, Feuerbach, 2,00,0 Min.; 2. Erdinger, Vafö, Wien, 2,00,2 Min.
5000 m Lauf: 1. Wagner, Eiche, Leipzig, 15,55,0 Min.; 2. Weigl, ATV Wien, 16,22,5 Min.
10 000 m Lauf: 1. Ostertag München, 34 25,5 Min. 2. Kaufmann, St. Pölten, 36,08,5 Min.
110 m Hürdenlauf: 1. Pflüger, Dotnang, 15,9 Sek.; 2. Schubert, Vafö Wien, 16,2 Sek.
1500 m Lauf: 1. Wagner, Leipzig, 4,07 0 Min.; 2. Weigl, Wien 4,10,2 Min.
Schleuderballwurf: 1. Kettner, Rheingönnsheim, 50,10 m 2. Starik, Forst, 49,83 m.
Diskuswurf: 1. Wotapek, St. Pölten, 40,54 m (Bundeshöchstleistung); 2. Peterlink, Vafö Wien, 36,44 m.
Kugelstoßen: 1. Naumann, Leipzig, 13 01 m; 2. Wocatapek St Pölten, 12,95 m
Speerwurf: 1. Drache, Hainenau, 52,98 m (Bundeshöchstleistung); 2. Kothbauer, Obergrafendorf, 55,13 m.
Hammerwurf: 1. Dreßler, Gera, Zwötzen, 40,45 m; 2. Ulrich, Rudolfstadt, 40,30 m.
Weitsprung: 1. Keck, Schauernheim, 6,475 m, 2. Koch, Benneckenbeck, 6,27 m. Der Zehnkampfer Wagner, Dresden-Cotta, stellte alle mit 7,69 m in den Schatten; diese Leistung stellt ebenfalls eine Bundeshöchstleistung dar.
Hochsprung: 1. Jäger, Weißenfels, 1,79 m; 2. Kern, Aussig, CSR, 1,79 m.
Stabhochsprung: 1. Jüttner, Dresden-Striesen, 3,55 m; 2. Peterlik, Vafö, Wien, 3,50 m.
4×100 m Stafette: 1. Feuerbach, 44,6 Sek; 2. ATV Wien 44,8 Sek.
10×100 m Stafette: 1. Feuerbach 1,53,3 Min.; 2. Fr. Turnerschaft Mannheim 1,54,4 Min.
Olympische Stafette: 1. Feuerbach 3,39,6 Min. (Bundeshöchstleistung); 2. ASC Berlin 3,42,9 Min.
Schwedenstafette (400, 300, 200, 100 m): 1. Nürnberg Süd 2,05,7 Min.; 2. ASC Berlin 2,08,0 Min.
3×1000 m Stafette: 1. ASC Hamburg 8,10,5 Min.; 2. Ostring, Berlin, 8,11,6 Min.; 3. Eiche, Leipzig, 8,12,5 Min.
Fünfkampf: 1. Dvorak, Wien, 382,42 Punkte; 2. Möller, Bremen, 358,70 Punkte.
Zehnkampf: 1. Wagner, Dresden-Cotta, siegte mit 759,73 Punkten und stellte damit seine 2. Bundeshöchstleistung auf.

Ergebnisse der Frauen

100 m Lauf: 1. Presky, Vafö Wien, 12,6 Sek.; 2. Reiß, Nürnberg, 12,7 Sek.
1000 m Lauf: 1. Dittrich, Stettin, 3,17,5 Min.; 2. Weischädel, Feuerbach, 3,21,2 Min.
Kugelstoßen (4 kg): 1. Hühmerl, Kassel, 10,88 m; 2. Kehrt, Ludwigshafen, 9,77 m.
Diskuswurf: 1. Beutsch, ASC Hamburg, 35,71 m; 2. Kehrt, Ludwigshafen, 33,48 m.
Speerwerfen: 1. Krüger, Dresden-Cotta, 36,59 m; 2. Winkelmann, Vafö Wien, 35,68 m. Hier ist mit 38,28 m außer Konkurrenz von der Genossin Krüger die Bundeshöchstleistung aufgestellt worden. Die alte betrug 37,33 m und wurde in Wien voriges Jahr ebenfalls von Gen. Krüger aufgestellt.
Weitsprung: 1. Kehrt, Ludwigshafen, 5,08 m; 2. Ladewig, Magdeburg, 5,01 m.
Hochsprung: 1. Krüger, Dresden-Cotta, 1,50 m; 2. Konrad, Dresden-Löbtau 1,40 m.
Dreikampf: 1. Krüger, Dresden-Cotta, 270,41 Punkte; 2. Winkelmann, Vafö Wien, 250,20 Punkte. Innerhalb dieses Wettbewerbs sprang die Siegerin 1,53 m hoch (neue Bundeshöchstleistung).
4×100 m Stafette: 1. Vafö Wien 51,5 Sek.; 2. ASC Berlin 53,3 Sek.
Kleine olympische Staffel: 1. Dresden-Cotta 53,6 Sek.; 2. Fr. Turnerschaft Nürnberg 53,6 Sek. Hier wurde ein Doppelrekord erzielt und dürfte doppelt genäht, hier nicht von langer Dauer sein. Beide Mannschaften werden alles daran setzen, bis Saisonschluß Alleinbesitzer der Bundeshöchstleistung zu sein.

KAFFEE HAG
der coffeinfreie Bohnenkaffee
zu haben bei:
Kolonialwaren • Spirituosen • Zigarren
Karl Kirchner
Edeka-Geschäft Brandenburgerstraße 91

Kleine Sportnachrichten

Freie Schwimmer Breslau E. V.

Jugend-Schwimmfest im Poseidonbade. Von schönstem Wetter begünstigt feierte am Sonntag die Jugend der Freien Schwimmer im vereinseigenen Bade ein gut gelungenes Schwimmfest. 170 jugendliche Schwimmer und Schwimmerinnen beteiligten sich mit großem Eifer an den Wettkämpfen und Vorführungen. Ein Sprecher der Arbeiterjugend und der ZdA-Jugend brachte mit seinen Darbietungen die den Beifall der zahlreich erschienenen Zuschauer fanden, eine zeitgemäße Note in die Veranstaltung. Mit einer Abendfeier, bei der die gesamte Jugend mitwirkte und die in dem begeistert aufgenommenen von dem Bewegungschor gestalteten „Brüder zur Sonne, zur Freiheit" ausklang, schloß das Fest. Nachfolgend die Wettkampfresultate: 1. Eröffnungsreigen der Kinder. 2. Legenstafette, 8×50 m (je 2 Mädchen Brust, Knaben Seite, weibl. Jugend Rücken, männl. Jugend Kraul): 1. West I 6,02,4; 2. Nord I 6,04,5. 3. Brustschwimmen für männl. Jugend, 100 m: a) 14—16 Jahre: 1. Tischler-Nord 1,36,9, 2. Kintscher 1,47,7; b) 16—18 Jahre: 1. Peschel-Nord 1,30,4, 2. Baumann-Nord 1,30,6. 4. Rückenschwimm. für Mädchen, 50 m: 1. Lauf: 1. Prien-Nord 0,49,4, 2. Riele-Süd 0,51,0; 2. Lauf: 1. Jantosch-West 0,51,7. 2. Kirsch-Nord 0,51,8. 5. Schauspring. 6. Beliebs. Staf. für Kinder, 6×50 m: 1. Nord I 4,15,8, 2. West I 4,51,3. Erstschwimmen a) für Mädchen: 1. Bobert-Ost 0,30,4, 2. Ulbrich-Ost 0,30,4; b) für Knaben: 1. Seppel-Süd 0,57,2 2. Neumann-Nord 0,57,4. 7. Brustschwimmen für weibliche Jugend, 100 m: 1. Gewiese-Nord 1,37,9, 2. Kratschmer-Nord 1,42,0. 8. Wasserscherze. 9. Beliebigschwimmen für Knaben, 50 m: 1. Lauf: 1. Schneider-Nord 0,49,6, 2. Mensel-Nord 0,39,8; 2. Lauf: 1. Bischof-Nord 0,40,2, 2. Bauer-Nord 0,42,2. 10. Kraulstafette für männliche Jugend, 4×50 m: 1. Nord I 2,17,4, 2. Nord III 2,19,2. 11. Tandemstafette für Kinder, 4×50 m (je ein Knabe u. 1 Mädchen): 1. Nord I 3,43,6, 2. Ost I 3,45,2. 12. Kraulschwimmen für männliche Jugend 100 m: a) 14—16 Jahre: 1. Wolffe-Nord 1,18,1. 2. Jung-Süd 1,18,4; b) 16—18 Jahre: 1. Fabian-Nord 1,10,7. 2. Lebitzke-Nord 1,14,4. 13. Rettungsübungen. 14. Bruststafette für Mädchen, 4×50 m: 1. Nord I 3,29,1, 2. Ost I 3,29,2. 15. Rückenstafette für weibl. Jugend 3×50 m: Nord I 2,29,6, West I 2,32,9. 16. Humoristische Darbietungen. 17. Wasserballspiele: Knaben: Nord I—Auswahlmannschaft 9:1 für Nord; Jugend: Nord I—Auswahlmannschaft 10:0 für Nord.

Mittwoch, 17. 8., 19 Uhr, Training der Nachwuchsmannschaft im Poseidonbad.

Donnerstag, 18. 8., 19 Uhr, Serienspiel Nord III—West II im Poseidonbad. Schiedsrichter: Hoffmann-Nord.

Notizen

Fußballsparte: Achtung Adressenänderung! Der Fußballjugendobmann des Kreises Genosse Karl Grxmehle, ist nach Breslau I, Piastenstr. 25, Gartenhaus, III, verzogen.

Freie Turnerschaft Breslau u. V.: Vereinssportfest: Meldungen sind bisher erst von Makkabi, Ruderern, Kanufahrern, 1897, 1925, 1., 2., 7. Frauen- und 4., 5., 12. Männer-Abteilung eingegangen. Wo bleiben die anderen Abteilungen unseres Vereins? Meldungen nur noch bis Sonnabend, 20. August, an bekannter Stelle abgeben.

4. Frauen-Abt. FTB: Freitag, den 19. August Vorstandssitzung um 20 Uhr im Zimmer Liegnitzer Schule. Sämtliche Vorstandsmitglieder haben daran teilzunehmen.

Spielleute I. Bezirk: Sonntag, 21. 8., nachm. 13,30 Uhr, im Poseidonbad spielen wir zur Frauen-Abschlußkundgebung.
Montag, 22. 8., abends 19 Uhr, Bezirksübungsstunde. Geübt wird Marsch 6 und 10.

SJV

Sekretariat: Kl. Holzstr. 3
Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde.

Abt. 4, Nikolaitor: Achtung! Alle Jungfalken, die in der Völkerballmannschaft sind und welche noch Lust haben beizutreten, sind am Freitag um 16 Uhr, am Westpark. Sonnabend sind alle Jungfalken um 16 Uhr am Westpark zur Zeltfahrt.

Sozialistische Schülerschaft: Freitag, den 19. Aug. im Heim Seydlitzstr. Ecke Hohenzollernstr. um 19.45 Uhr, Gruppenabend. Ein Genosse spricht über das Sozialistengesetz.

Monistische Jugend.

Heim 1, Grünstr. 14/16: Heut, 19.30 Uhr, ist alles im Heim. Es referiert Genosse Adler über „Sexualfragen." Gäste willkommen.

Heim 2, Friedr.-Wilhelm-Str.: Unser heut. gem. Heimabend findet Grünstraße statt. Alles 19.30 Uhr zum Referat des Genossen Adler im Heim 2. Alle Sprechchorteilnehmer 19.30 Uhr zur Probe Grünstraße.

Berlin
Reze-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: 27 Wedel 3422
Freitag, 19. August
8.30 Uhr
Herzdame
Gastspielhaus
Freitag, 19. August
5.30 Uhr
Konzert und Varieté
8.45 Uhr
Preisermäßigung

KABA
das nichtstopfende, wohlschmeckende Familien-Getränk

jetzt billiger:
Das Paket 30 u. 60 Pfg.
zu haben bei:
Joh. Hammerling
Grünstraße 15 · Ecke Palmstraße
Edeka-Geschäft • Kolonialwaren • Weine • Spirituosen

„Der Klassenkampf"
Die Monatsschrift für den klassenbewußten Arbeiter
Vierteljährlich 1.35 Mk.
Einzelnummer 0.48 „

Beachtet unsere Inserate

Verantwortlich: Paul Hannach, Breslau; Anzeigen: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Telephon 206 02.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 zuzüglich RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,50 Porto monatlich.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Telephon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gerlach, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.

Sich prügelnde Olympia-Helden in Los Angeles

Kapitalistische Olympiade: ein Spiegel der faulenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung

7 Millionen Arbeitslose in Deutschland, die sich in zerrissenen Kleidern, in zerrissenen Schuhen, mit knurrendem Magen, hohlwangig ihre kargen Bettelpfennige von den Stempel- und Blockstellen holen.

Auf dem Arbeitsamt einer deutschen Provinzhauptstadt: der Schalterbeamte erklärt zynisch einer ausgemergelten verhungerten Proletenfrau, sie bekäme jetzt nur 1.70 Mark die Woche Unterstützung. Die Frau beginnt zu zittern, weint auf und bricht zusammen.

Fast zur gleichen Zeit schickt das Deutsche Reich, um sein „Ansehen im Auslande zu bewahren", 120 bürgerliche Sportkanonen (90 Aktive und 30 Begleiter) auf Kosten der hungernden Massen, auf Kosten der deutschen Steuerzahler zur Olympiade nach Los Angeles. 300 000 Mark hat die Reichsregierung für diese nationalistische Expedition gezahlt. Kein Land außer Deutschland hat mit einer solch hohen Teilnehmerzahl die Olympiade beschickt.

Großsprecherisch, mit national-faschistischen Phrasen gespickt, wurde für die Olympiade Reklame gemacht. Monatelang erzählten mehr oder weniger prominente Reklameredner in den Wochenschauen der Kinos, daß die Olympiade „die Besten aller Länder vereinigen würde, daß man dort seine Kräfte im friedlichen sportlichen Wettkampf messen würde."

„Die Olympiade, das Fest der Völkerversöhnung", schrie es in Schlagzeilenlettern aus den bürgerlichen Zeitungen. Kirchliche Würdenträger segneten die Aschenbahn, die Sportgeräte und das Stadion.

Und doch schimmerte unter diesem Deckmantel des Sportgeistes, unter diesem Deckmantel pazifistisch-bürgerlichen Phrasengeklingels der nationalistische Charakter der Sportveranstaltungen durch. Schon die Reklamevorbereitung zur Olympiade zeigte, daß es sich um eine Parade der Weltreaktion handelt. Und wer im Berliner Grunewaldstadion einer vorbereitenden Veranstaltung beigewohnt, der konnte das an den vielen Uniformen der Reichswehr und Marine, die in der Ehrenloge des Reichspräsidenten saßen, die die Tribünen bevölkerten, erkennen.

Dann fuhren sie mit den Geldern der deutschen Steuerzahler auf dem Luxusdampfer „Europa" los. Und mit unseren Geldern wurde auf dem Dampfer gepraßt und geschlemmt. Nur ein kleiner Auszug aus der Speisekarte der „Europa" vom Montag, den 8. Juli, lehrt, wie „bescheiden" die Sportkanonen, Sportführer, Masseure, Aerzte usw. gelebt:

„Mittagessen: Becher mit frischen Früchten. Oelsardinen auf Röstbrot. Kalte Platten nach Wahl in verschiedener Ausführung. Grießrahmsuppe mit Eierstich, Hühnerbrühe in Tassen. Gebratene Heilbuttschnitte mit feinen Kräutern. Mürbebraten bürgerlicher Art oder Berliner Hühnerfrikassee mit Reis und Spargel. Frische grüne Salate, mit Oel und Zitrone angemacht. Frischer Spinat mit Bratensaft, Karotten in Butter. Kartoffelpürée, gekochte und Bechamel-Kartoffeln. Rahmeis, Creme holländischer Art, Aprikosen-Kompott. Auf Wunsch Weichkäse, frische Früchte."

Und trotz dieses guten Essens kam in Los Angeles die große Pleite.

*

Die mit ihrem Rassenreinigungswahnsinn behafteten faschistischen Führer des amerikanischen bürgerlichen Sportverbandes haben sich anfangs kategorisch geweigert, schwarze Mannschaften zur Olympiade aufzunehmen. Da aber unter den Angehörigen der schwarzen Rasse die beiden Sprinter Tolan und Metcalfe ihren weißen Sportkameraden bei weitem überlegen waren, nahm man sie schließlich, um die Ehre von USA zu retten, mit süß-saurem Gesicht dazu. Man versuchte ihnen aber das Leben so schwer wie möglich zu machen. Der schwarze Hürdenläufer Edwards — er trat in einem Ausscheidungslaufe der 400-Meter-Hürdenstrecke an —, die weißen rassenfanatischen Sportkameraden rannten aber kreuz und quer über die Bahn, versuchten ihn zu irritieren, bis er schließlich in eine Hürde trat und sich einen Fuß brach.

Das half aber alles nichts, Tolan wurde Sieger auf der 100- und 200-Meter-Bahn. Zähneknirschen darob: „Dieser verfluchte Nigger!" Und doch mußte nach außen der amerikanische Spießbürger jubelnd in den Ruf: „Ach, unser Amerika!" ausbrechen. Die Rassenfexe schäumten vor Wut und so blieb der bürgerlichen chauvinistischen Presse nichts anderes übrig, als den deutschen 100-Meter-Läufer, der an dritter Stelle rangierte, als den „Weltmeister der weißen Rasse" zu proklamieren. Und so hat schließlich doch ein „Teutscher" die Ehre der hellen Rasse gerettet. (Peinlich nur, daß aber schließlich die minderwertige gelbe Rasse — vertreten durch die Japaner — vor Deutschland rangiert.) Und wenn man nicht in „Rassenhaß" machen konnte, so hieß es immer die „nationale Ehre" des jeweiligen Landes zu retten. Und so waren Manager und Führer der bürgerlichen Sportverbände der einzelnen Länder eifrig bemüht, um die unbequeme Konkurrenz vom Halse zu schaffen, wie dies die deutschen Chauvinisten gegenüber dem finnischen Rekordläufer Nurmi fertig brachten.

Nurmi wurde als Professional erklärt, weil die Gegenseite (also die Deutschen) einige Quittungen, die er über erhaltene Spesen ausgestellt hatte, auspackte. Das war der Dank des Bürgertums an Nurmi, daß er seinen Auftraggebern, den bürgerlichen Veranstaltern von Wettkämpfen, ungeheuere Verdienstmöglichkeiten bisher geboten hat.

Wie hieß es doch zu Beginn: „Friedlicher Wettkampf"? Heuchelei! Ein ekelhaftes Rennen nach Rekorden, d. h. nach Preis und Profit. Die Jagd nach Profiten erzeugt aber auch auf dem Felde des Sports Konkurrenz, und der Konkurrenz ist jedes Mittel heilig, auch das gezückte Taschenmesser und die dem Gegner ins Gesicht geschmetterte Faust.

Als die Deutschen ganz zufälligerweise im Wasserballspiel den Brasilianern überlegen waren gerieten die Südamerikaner derart in Wut, daß sie ihren Gegnern buchstäblich die Schwimmhosen vom Leibe rissen, sie mit Fäusten bearbeiteten, bissen und schlugen. Als das Spiel zu Ende war, schnappte man sich den Schiedsrichter, einen Ungarn, und verprügelte ihn fürchterlich.

Der Ringer Brendel besiegte den Italiener Nizzola. Als er nach seinem Sieg die Garderobe betrat, wurde er von dem Italiener mit dem gezückten Messer überfallen. Nur dadurch, daß einige beherzte Sportkameraden hinzusprangen, wurde Schlimmeres verhütet und der Faschist überwältigt, der in maßloser Wut sich dann zu Boden warf und in Schreikrämpfen herumwälzte.

Die Argentinier wieder bekamen untereinander Streit. Der Kapitän der Mannschaft wurde nach einer heftigen Auseinandersetzung von einem Boxer zu Boden geschlagen, wo er betäubt liegen blieb. Als er sich soweit erholt hatte, daß er einigermaßen einen vernünftigen Gedanken fassen konnte, erklärte er seinen Rücktritt, und die Schwimmkanone Zorilla startete nicht. In der kapitalistischen und bürgerlichen Presse konnte man in einer kleinen Notiz nachlesen, daß dieser Mann sich erkältet hätte.

Der Finnländer Lethinen wurde, als er Sieger im 5000-Meter-Lauf wurde, von der Zuschauermenge in der gemeinsten Art und Weise beschimpft. Einige allzu Temperamentvolle drangen in die Garderobe des Finnen, überfielen ihn und schlugen ihn ins Gesicht.

Ein besonderes trauriges Kapitel sportlicher Korruption trägt den Titel „Helene Mayer — Weltmeisterin im Fechten". — Sie mußte in Los Angeles eine Niederlage nach der anderen einstecken. Helene Mayer war von jeher das sportliche Wunderkind einer bestimmten Sportklique Deutschlands. Mit größter Vorsicht bewahrten ihre Manager — wie sich jetzt herausstellt — sie in einer Isolierung, um ihr künstlich eine Sportgloriole umlegen zu können. Ursprünglich wollte nämlich ein Fräulein Preiß für Deutschland starten. Sie war wohl in der Lage, sich sportlich durchzusetzen, hatte aber sonst nicht dieselben guten Verbindungen wie Fräulein Mayer. Wie ein Wall umlagerten die Führer des exklusiven Fechtverbandes, einige Professoren, Bankiers und Industriebarone, die „Sportkanone Helenchen". Die Preiß ihrerseits verärgert, wurde Oesterreicherin, und als solche von ihrem neuen Heimatland nach Los Angeles geschickt, wo sie dann Olympiasiegerin wurde.

*

Endresultat für den deutschen bürgerlichen Sport: Deutschland an siebenter Stelle mit nur 39 Punkten (Amerika hat 215). Man versuchte zwar krampfhaft glänzende Berichte zu schicken, man überschlug sich in „eitel Wonne", wenn ein deutscher Ringer den 1. Platz errang.

Dr. Pelzer, die stolze Säule der Nazis, der sich eine fürchterliche Niederlage im 800-Meter-Lauf geholt hatte, erklärte: „Er hat deshalb versagt, weil er in gepumpten Schuhen hätte laufen müssen, die ihm zu groß waren." Das alles läßt aber nicht die Niederlage, die die Kanonen in Los Angeles erlitten haben, verschleiern. Selbst eine bürgerliche Zeitung Schlesiens stellt fest: „Der deutsche Sport (sie meinen natürlich den bürgerlichen! Anm. der Red.) ist in Gefahr, unter der bürokratischen Einstellung vieler Führer zu leiden. Es sind Steuergelder, die hier vergeben werden. Darauf sollte man nicht vergessen und nicht verfehlen, rechtzeitig Einfluß auf die Verteilung der Mittel zu nehmen. Leider sitzen in den Volksvertretungen nur wenige wirkliche Kenner des sportlichen Lebens, sonst wäre längst Wandel geschaffen."

*

Groß war aber das Entsetzen der faschistischen Sportführer und Teilnehmer, der Spießbürger und Behörden auf den Tribünen, als es unmittelbar nach der Verteilung der Medaillen vor 100 000 Zuschauern zu einer Demonstration für den zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Gewerkschaftsführer Tom Mooney, der gleichzeitig Vorsitzender der Gegenolympiade der Arbeitersportler in Amerika ist, kam. Gegen die Demonstranten wurden schleunigst Polizeikadets eingesetzt.

*

Die kapitalistische Olympiade in Los Angeles war ein vorzüglicher Spiegel für die Fäulniserscheinungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Selten hat sich so deutlich das kapitalistische Gesicht des bürgerlichen Sports offenbart. Sie müßte darum alle Proletarier, die aus irgendwelchen Gründen in bürgerlichen Sportvereinen sind, veranlassen, sich den Arbeitersportvereinen anzuschließen.

M. M.

26 Gebäude eingeäschert

Ein Todesopfer

Zala-Egerszeg, 17. August.

In der Gemeinde Bucsus-cent-Laszlo entstand heute nachmittag infolge eines Funkens, der aus dem Kamin eines Hauses flog, ein Großfeuer, das binnen wenigen Minuten sechs Wohnhäuser und 20 Wirtschaftsgebäude einäscherte. Es ist auch ein Todesopfer zu beklagen. Eine 52jährige Frau konnte sich aus einem in Flammen stehenden Haus nicht mehr retten. Sie wurde später in einer Mehlkiste, wohin sie sich geflüchtet hatte, aufgefunden, starb aber kurz darauf. Bei den Löscharbeiten, an denen sich die Feuerwehren von zwölf Dörfern und auch der Stadt Zala-Egerszeg beteiligten, wurden zwei Männer schwer verletzt. Der Sachschaden ist bedeutend.

Selbstmord des Tochtermörders Michalski

Berlin, 17. August.

Der Schneider Michalski, der am vergangenen Freitag seine 19jährige Tochter ermordet hatte, hat sich, wie er es bereits in einer Postkarte an seine Frau ankündigte, selbst gerichtet. Er ließ sich gestern abend auf der Vorortstrecke Berlin-Zossen von einem Zug überfahren.

Schwere Unwetterschäden im Gironde-Departement

Paris, 17. August.

Die schweren, mit starken Regengüssen verbundenen Gewitter der letzten Tage haben an der Gironde starken Schaden angerichtet. Namentlich hat die Eisenbahnstrecke Coutras-St. Mariens sehr gelitten. Als heute früh ein von Coutras kommender Personenzug diese Strecke passierte, erfolgte ein Erdrutsch. Fünf Wagen entgleisten. Vier Reisende wurden verletzt, davon zwei schwer. Drei Wagen sind vollständig vernichtet worden. Der Verkehr auf dieser Schmalspurstrecke mußte vollkommen eingestellt werden.

Flugzeug-Unglück

Prag, 17. August.

Wie die Blätter melden, ereignete sich am vergangenen Sonntag noch ein zweites schweres Flugzeugunglück, das 2 Todesopfer forderte.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

20) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Sült braucht sich nicht nach dem Kilowattzeiger umzudrehen.

Er hört das Summen seiner Maschine schwerer werden.

Die unsichtbaren Schaufelräder drehen sich weiter in gleicher Tourenzahl, doch die daran hängende Belastung ist größer geworden. Die Straßenbahnen fahren wieder, und mit dem anbrechenden Tag hängen sich immer mehr Betriebe an das Stromnetz.

Der Verbrauch steigt.

Der Kilowattmesser zeigt 18 000.

Im Kesselraum ertönt ein Klingelzeichen, gleichzeitig glühen rote Lampen neben dem Zeichen auf. Es gibt wieder Arbeit — die Feuer werden durchgestoßen, festgebrannte Schlacken werden aufgebrochen, die Wanderroste wieder angestellt.

In allmählicher Kurve steigt der Verbrauch auf 36 000 Kilowatt.

Der normale Tagesbetrieb hat begonnen.

Die Heizer haben voll zu tun. Sie regulieren die Temperaturen, den Wasserstand und CO-Gehalt ihrer Kessel, steigern die Luftzufuhr und versorgen die Feuer mit der nötigen Menge Brennstoff. Die Trimmerkolonnen füllen die Bunker nach und karren die Schlacken auf den Hof hinaus.

Die dritte Schicht macht Dampf, und der Dampf wird Strom.

Und der Strom rollt die mit Arbeitern beladenen Straßenbahnen den Fabriken, eine Stunde später die Angestellten, Stenotypistinnen und Verkäuferinnen den Büros und den Warenhäusern zu. Der Strom treibt Maschinen, Kräne, die Lifts in den Hotels, er füllt die Telephon- und Telegraphendrähte mit surrendem Leben.

Die dritte Schicht ist müde geworden. Siebzig ausgepumpte Gestalten bewegen sich in dem grauen Licht, das schräg von oben in den Kesselraum einfällt.

Um acht Uhr kommt die Ablösung.

Eine Woche vergeht:

Primelsack wirbt einen neuen Genossen für die Organisation der „Revolutionären Obleute". — Lange wird sozialdemokratischer Vertrauensmann in der Dampfschmiede der AEG. — Der Helfer Brantschke wird zum Militärdienst eingezogen. — In der Boxhagener Straße 46 hebt die Polizei im Schusterkeller eine revolutionäre Sitzung aus. — Die Portiersfrau desselben Hauses wird nach einem mißglückten Abort ins Krankenhaus transportiert. — Trude Müller beerdigt ihren Jungen, draußen in Buch, in einer nach Zahlen und Buchstaben geordneten Anlage von Massengräbern. Am gleichen Abend, an dem Frau Müller mit der Vorortbahn aus Buch in ihre Wohnung zurückfährt, schleichen zwei Männer durch den schmalen Waldstreifen der Schönholzer Heide: der Schlackenzieher Primelsack und Ernst Däumig, der die militärischen Angelegenheiten der Revolutionären Obleute bearbeitet.

Die beiden bewegen sich vorsichtig, aber das Knacken des Holzes unter ihren Füßen können sie nicht vermeiden. Von Zeit zu Zeit bleiben sie lauschend stehen.

Einer stolpert über eine Baumwurzel.

„Mensch — —"

„Schon gut!"

„Gib mir lieber das Ding!"

Das „Ding", das Däumig im Arm trägt, sieht wie eine große Flasche aus. Aber es ist aus Gußstahl und stammt aus einer der Berliner Waffenfabriken. Es ist der Kopf einer Fliegerbombe. Oben steckt ein Stift drin. Und der Bauch enthält eine Sprengstoffüllung, eine Mischung, die die Genossen eines Pulvermagazins besorgt haben.

An einer Lichtung machen die beiden halt.

„So, hier können wirs ausprobieren!"

„Hier haben wir auch gleich Deckung."

„Acht Sekunden — aber wirf soweit du kannst!"

„Da, nach dem Baum rüber!"

Primelsack drückt den Stift ein, dann holt er weit aus. Der Sprengkörper fliegt in weitem Bogen durch die Luft und fällt mit einem dumpfen Aufschlag nieder. Die beiden kauern hinter einem Klafter Holz. Ihre Pulse hämmern. Bis sieben zählen sie.

Dann steht der Wald in jäher Helle da. Einer der Bäume bewegt sich unnatürlich in der Krone. Einen Moment nach der Detonation, nachdem es wieder dunkel geworden ist, und die nachfolgende Stille wie ein plötzlich aufgerissenes Loch ist, hören sie den Baum in seiner ganzen Länge auf den Waldboden niederschlagen. Auch von anderen Bäumen fallen Aeste herunter.

„Mensch, das haut rein, das gibt Stücke!"

„Hier liegt ein Ast, die Splitter sind bis hier rüber gekommen! Mindestens dreißig Meter Sprengwirkung!" stellt Däumig fest.

Sie stehen vor dem umgerissenen Baum.

„Der hat einen Durchmesser von vierzig Zentimetern."

„Jetzt müssen wir aber verschwinden. Wenn wir die Straßenbahn gleich kriegen, kommen wir noch in die Sitzung zurecht!"

Die Stoßtruppführer — anderthalb Dutzend Metallarbeiter aus den Berliner Großbetrieben, die die Kampftrupps der Obleute zu organisieren und am Tage der Revolution zu führen haben — sind schon beim letzten Punkt ihrer Tagesordnung angekommen. Auf Gartenstühlen sitzen und stehen sie in der ungeheizten Kegelbahn eines Arbeiterlokals um einen Tisch herum. Beim Eintritt Primelsacks wird das Gespräch unterbrochen.

Primelsack fängt sofort an zu berichten:

„Hat alles geklappt. — Ernst ist gleich in die Hauptsitzung nach der Schicklerstraße rüber. Einen Baum hat sie umgehauen, der war vierzig Zentimeter dick, und von den anderen Bäumen sind noch Stücke runtergekommen in einem Umkreis von dreißig Metern."

„Jungens, das wird aber Bruch geben!"

„So ein Ding in eine Kolonne rein . . ."

„Es ist also unmöglich, sie von der Straße aus zu werfen. Wir müssen in die Häuser raufgehen und sie von oben durch die Fenster schleudern!" sagt der Führer der Gruppe, ein großer, schwarzhaariger Werkzeugschlosser.

„Und wenn sie uns in die Wohnungen nicht reinlassen?"

„Das müssen sie. Wer nicht gutwillig aufmacht, dem schlagen wir die Tür ein!"

„Und wie lange dauert's, bis sie detoniert?"

„Bis sechs zählen und dann schmeißen!"

„Eine Handgranate geht doch schon bei fünf los?"

„Schneller gehts nicht. Bei unserer ersten Zündung krepierte sie doch erst bei ‚sechzehn', jetzt schon bei ‚acht'."

„Und wieviel haben wir davon?"

„Sechzig, Sprengstoff noch mehr!"

Der Vorsitzende wendet sich wieder dem letzten Punkt der Tagesordnung zu und bespricht mit einigen Genossen die Verteilung der Vorräte an Pistolen, Handgranaten und Munition. Die übrigen unterhalten sich über den Fortschritt der Bewgung in ihren Betrieben, über neu in die Kampftrupps aufgenommene Genossen, über ihren Vorsitzenden Emil Barth und über die Aussichten baldigen Losschlagens. Ein Präser aus der Fabrik Kornbusch, der Anarchist Oestreich, erzählt Primelsack, wie er eine Kiste Gewehrmunition nach Weißensee zu einem Genossen in Verwahrung gebracht hat: „Du weißt ja, wie so'n Kasten aussieht, wie eine Bücklingskiste, bloß mit Griffen an beiden Seiten. Ich hab mir den Richard geholt, meinen Bruder. Mit dem weiß ich, wie ich dran bin. Und dann haben wir die Kiste genommen wie sie war, ohne sie weiter einzupacken. Damit sind wir vorn auf die Straßenbahn aufgestiegen. Ich versteh jetzt noch nicht, wieso das geklappt hat und wie wir das so machen konnten . . ." Oestreich wundert sich nachträglich über die Sorglosigkeit und über die Selbstverständlichkeit des Transportes vorn auf der Straßenbahn, neben anderen Fahrgästen und führt diesen Fall als Beispiel dafür an, daß der blinde Glaube an das Gelingen wichtiger sei, als lange ausgeklügelte Vorbereitungen:

„Immer grade drauf los, das ist das Beste! Ich habe den Richard bloß gefragt, hast du deinen Browning eingesteckt? ‚Natürlich, hier in der Hosentasche, ich brauch nur entsichern, dann geht's los', sagt der."

(Fortsetzung folgt.)

Das faschistische Italien in den Klauen der Krise

Von A. Montanari (Rom).

In der letzten Zeit beschäftigt die italienische Presse fast ausschließlich das Problem der Außenhandelspolitik, die auch in den Sitzungen der Regierungs-, wie auch anderer Organisationen an erster Stelle steht. Schon dieser Umstand und dann auch die verschiedenen Gegensätze in der Handelspolitik Italiens zeigen, bis zu welchem Grade die Verwirrung der führenden Wirtschaftskreise angesichts der sich immer mehr ausdehnenden Krise gediehen ist.

Bis vor kurzem noch befolgte Italien auf zolltariflichem Gebiete eine Politik des gemäßigten Protektionismus. Die Wendung kam im Jahre 1931. Abgesehen von einer krassen Erhöhung der Zölle hauptsächlich für landwirtschaftliche Erzeugnisse (Weizen, Mais, Fleischprodukte, Butter usw.) und Festsetzung eines Ueberzolls in Höhe von 15 Prozent des Wertes der Waren, hat die italienische Regierung Maßnahmen getroffen, die formell nicht den Charakter von Außenhandelsmaßnahmen haben und auch nicht die Einfuhr von Waren aus dem Ausland beschränken, faktisch jedoch in bestimmten Zeiten des Jahres einer Reihe von ausländischen Erzeugnissen (Weizen, Vieh, Fleischprodukte) den Zutritt versperren.

Durch Erlaß vom 10. Juli 1931 wurde festgelegt, daß ausländisches Getreide nur 5 Prozent der Menge des im Lande zur Vermahlung gelangenden Getreides betragen darf. Mit Erschöpfung der inneren Vorräte steigt dieser Prozentsatz. Heute, nach der neuen Ernte, tritt aber diese beschränkende Norm von neuem in Kraft. Offiziell beruft man sich auf die Notwendigkeit, der Bauernschaft, die sich in einer äußerst schwierigen wirtschaftlichen Lage befindet, höhere Getreidepreise zu sichern. Tatsächlich hat diese Maßnahme solche Resultate nicht gezeitigt und konnte sie auch nicht zeitigen, denn die Bauernschaft, die Steuern zahlen muß und außerdem in erheblichem Maße verschuldet ist, kann nicht das Getreide aufbewahren und in gleichmäßigen Partien auf den Markt bringen. Das Getreide der Bauern wird sofort nach der Ernte zu äußerst niedrigen Preisen veräußert. Die Vermahlungsnorm, die für die Länder, die in der Regel Weizen nach Italien einführen, einen ernstlichen materiellen Schaden bedeuten, ist also nur den Großagrariern und den Großbauern von Nutzen gewesen. Aehnlich ist die Lage auch hinsichtlich der Viehzuchtprodukte. Hier wird durch Erlaß vom 21. Dezember 1931 die Menge des ausländischen Schlachtviehes auf 15 Prozent beschränkt.

Gleichzeitig mit der Erhöhung der Zölle und mit den anderen einschränkenden Maßnahmen verstärkt sich in der Presse und in den leitenden Regierungsorganen die Tendenz für ein System des „Ausgleichs des Warenumsatzes" (Gleichgewicht des Exports und des Imports). Unter dieser Losung, die faktisch dem Außenhandel neue Schranken errichtet, fand im November vorigen Jahres eine Sitzung des Landesausschusses der Korporationen statt. Jedoch kann man heute schon ganz bestimmt feststellen, daß die von der italienischen Regierung in dieser Richtung unternommenen Versuche ohne Erfolg geblieben sind, und das ist ganz natürlich. Wenn für Italien ein Gleichgewicht der Handelsbilanz im Verkehr mit den Ländern von Vorteil ist, die nach Italien mehr einführen, als sie dort kaufen, so ist das nicht der Fall, wenn es um Länder geht, in die Italien selbst mehr einführt, als es dort kauft.

Ohne die gewünschten Resultate ist auch die Erhöhung der Zölle geblieben. Haben sie auch dahin gewirkt, daß sich die Einfuhr nach Italien im allgemeinen verringert hat, so haben analoge Maßnahmen der anderen Länder zu derselben Lage hinsichtlich des italienischen Exports geführt. Dies wird durch die Angaben der italienischen Zollstatistik bestätigt, die sich auf die fünf ersten Monate der entsprechenden Jahre beziehen (in Mill. Lire):

	Import	Export
1930	7550	5171
1931	5237	4019
1932	3747	2765

Es ist also nicht verwunderlich, daß von offizieller Seite des faschistischen Italiens zum Rückzug geblasen wird. Die letzten Erklärungen der Regierung betonen nachdrücklichst die Notwendigkeit, daß die „Hindernisse auf dem Wege des Welthandels beseitigt werden. Nach dem Beschluß des großen faschistischen Rates, der feststellte, daß die Schranken des internationalen Handelsverkehrs beseitigt werden müßten, bevor sie zu einem völligen Absterben des Handels zwischen den Ländern geführt haben, ist das bemerkenswerteste Dokument auf diesem Gebiete eine Denkschrift, die die italienische Delegation der letzten Lausanner Konferenz vorgelegt hat. In dieser Denkschrift heißt es:

„Auf wirtschaftlichem Gebiet vertritt die italienische Delegation die Meinung, daß ein allmähliches Abtragen der Zollschranken und aller anderen in der letzten Zeit vermehrten Hindernisse für einen freien Warenverkehr das grundlegende Element für den Beginn der Wiederaufbauarbeit bildet."

Die Denkschrift enthält u. a. auch noch die folgende bedeutsame Frage:

„Letzten Endes kann man annehmen, daß in diesem Punkte eine allgemeine Uebereinstimmung besteht."

Was nun diese „allgemeine Uebereinstimmung" betrifft, die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, so sei nebenbei bemerkt, daß Frankreich am 17. Juli, also nach der Lausanner Konferenz, Maßnahmen getroffen hat, die für die italienische Einfuhr von Früchten und Gemüse eine Herabsetzung der Menge gegenüber dem Vorjahr auf ein Zehntel bzw. ein Fünftel bedeutet. Die Gegenmaßnahmen Italiens am 19. Juli für eine Reihe französischer Waren werden zwar offiziell „Kompensationsmaßnahmen" genannt, zeugen aber faktisch von einem Wirtschaftskrieg zwischen Italien und Frankreich.

Nach solchen Tatsachen wird man allerdings glauben müssen, daß hinsichtlich der Abtragung der Zollschranken eine „allgemeine Uebereinstimmung" besteht. Aber abgesehen von dieser Episode, die die italienisch-französische Beziehung beleuchtet, muß man auch feststellen, daß seit der Aprilsitzung des faschistischen Rates und seinem bereits zitierten Beschluß die Zoll- und anderen Schranken nicht nur aufrechterhalten worden sind, sondern durch verschiedene Maßnahmen einen weiteren Ausbau erfahren haben; es sind dies Maßnahmen, die die Einfuhr von ausländischen Waren, besonders von Getreide, Vieh und Viehzuchtprodukten, erschweren, wenn nicht gar faktisch beschränken.

Auch die Politik der Verständigung mit einzelnen Ländern kann nicht als mit den feierlichen handelspolitischen Erklärungen im Einklang stehend bezeichnet werden. Am 23. Juni wurde in Rom (die Mitteilung in der Presse erschien erst in der zweiten Hälfte des Juli) ein Abkommen zum Handelsvertrag Italiens mit Ungarn unterzeichnet. Laut einer Notiz im „Regime Fascista" vom 17. Juli soll sich Italien verpflichtet haben, in Ungarn 200 000 Tonnen Weizen zu kaufen. Der ungarische Minister für Landwirtschaft erklärte in seiner Rede vor der Abgeordnetenkammer am 19. Juli d. J., das italienisch-ungarische Abkommen garantiere Ungarn die Unterbringung von 50 000 Stück Hornvieh und einer Reihe anderer landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Italien, ausschließlich der bereits erwähnten Menge Weizen. Der inzwischen veröffentlichte Text des italienisch-ungarischen Ueberkinkommens enthält aber keinen Hinweis auf die Verpflichtung des Weizenkaufs, noch auf die anderen Privilegien, auf die sich der ungarische Landwirtschaftsminister beruft. Damit wird das Vorhandensein eines nicht offiziellen Zusatzes zu dem vorliegenden Vertrag bestätigt.

Aber all diese Maßnahmen bedeuten keine Rettung. Die Krise geht weiter, und keine Manöver des faschistischen Regimes sind imstande, daran etwas zu ändern.

Solidaritätsaktion der Bergarbeiter

für den großen Streik in Belgien

In einer Mitgliederversammlung des freigew. Bergarbeiterverbandes der Zahlstellen Marxloh 1, 2, 3, im Volkshaus Hamborn referierte der Verbandsangestellte Balke über allgemeine Wirtschaftsfragen. Schon im ersten Punkt der Tagesordnung „Geschäftliches" protestierte ein Teil der Mitgliedschaft gegen die Lauheit der Versammlungsleitung, die es seit 10 Wochen nicht für nötig befand, eine Versammlung abzuhalten. Desgleichen entspann sich eine heftige Diskussion über die Aufnahme eines erwerbslosen Kumpels, die von der Ortsverwaltung abgelehnt wurde mit der Begründung, daß er vermutlich Mitglied des Einheitsverbandes sei. Welch eine Furcht vor dem Geruch Moskauer Atmosphäre.

In gut einstündiger Rede behandelte danach der Verbandsangestellte Balke Wirtschaftsfragen. Seine ganze Rede war eine Rechtfertigung des bisherigen Gewerkschaftskurses. Kein Wort über die brennenden Fragen der Gegenwart, kein Wort über den schwarzen Tag des 20. Juli und kein Wort über den belgischen Bergarbeiterstreik.

In der Diskussion wurden die vom Referenten nicht erwähnten Punkte von einem erwerbslosen Kumpel ausgiebig behandelt. Seine Ausführungen betrafen den belgischen Bergarbeiterstreik. Er legte folgende Entschließung vor:

„Die am 14. August 1932 tagende Mitgliederversammlung des Industrie-Arbeiterverbandes der Zahlstellen Marxloh 1, 2, 3 erblickt in dem Totschweigen des belgischen Bergarbeiterstreiks, der bereits einige Wochen von den belgischen Kameraden mutig geführt wird, eine Verletzung der internationalen Solidarität.

Die Mitglieder fordern, besonders in der gegenwärtigen zugespitzten Situation, daß sie von den internationalen Kämpfen ausgiebig unterrichtet werden. Darüber hinaus verlangen die Mitglieder positive Solidaritätsaktion für die kämpfenden belgischen Brüder. Ihr Kampf ist auch unser Kampf, ihre Niederlage auch die unserige. Getragen von dem Gedanken der Solidarität, sendet die Mitgliedschaft den kämpfenden belgischen Kameraden proletarische Grüße."

Diese Entschließung wurde, nachdem man noch mit allen Mitteln und Mätzchen versucht hatte, sie in den Papierkorb zu befördern, mit Mehrheit angenommen.

In der Zahlstellenversammlung von Ober-Marxloh,

die am 7. August stattfand, referierte gleichfalls der Verbandsangestellte Balke über dasselbe Thema. Nach ausgiebiger Diskussion mit scharfer Kritik an der reformistischen Gewerkschaftsführung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 7. August tagende Mitgliederversammlung des B. I. A. V. mißbilligt die Stellung der ADGB-Führung beim Staatsstreich der Papenregierung am 20. Juli. Die von der revolutionären Arbeiterschaft geforderte Losung des Generalstreiks wird als das einzig richtige anerkannt.

Die Zahlstellenversammlung beschließt, mit sämtlichen gewerkschaftlichen Organisationen gemeinsame Versammlungen in die Wege zu leiten, zur Herstellung der Einheitsfront aller Ausgebeuteten

gegen den faschistischen Mordterror gegen Lohn- und Unterstützungsraub, gegen die Zerschlagung aller Arbeiterrechte, wie gegen jedes Verbot linksgerichteter Organisationen. Wir geloben, alles zu tun, um der faschistischen Papen-Regierung eine geschlossene Abwehr aller Ausgebeuteten entgegenzustellen. Wir sind gewillt, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln die Interessen aller Ausgebeuteten zu verteidigen."

Gewerkschaftler, zieht hieraus eure Lehre! Rüstig weiter vorstoßen im Kampfe gegen Reformismus in unseren eigenen Reihen.

Buchdrucker-Funktionärversammlung

Zu den Veruntreuungen im Breslauer Ortsverein

Breslau, 17. August.

Am Mittwochabend beschäftigte sich eine gut besuchte Betriebsräte- und Vertrauensleuteversammlung mit den von uns schon mitgeteilten Unterschlagungen. Bestätigt wurde, daß ein Betrag von rund 10 000 RM. veruntreut wurde. An diesen aufs schärfste zu verurteilenden Vorkommnissen ist aber

nicht allein der Vorsitzende Sporn, sondern auch der bisherige Verbandsangestellte Demmig beteiligt.

Es ist bis zur Stunde noch nicht geklärt, wer von diesen beiden das Geld bzw. den größeren Teil davon hat. Berichtigend zu unserem gestrigen Bericht müssen wir feststellen, daß, wie in der Versammlung dargelegt wurde, diese beiden ein so geschicktes Zusammenarbeiten hatten und so raffinierte Falschbuchungen vornahmen, daß der Ortsvorstand und die Revisoren jahrelang getäuscht werden konnten. Es ist tatsächlich so, daß alle Mitglieder des Orts- und Gauvorstandes sofort, als sie einige Unkorrektheiten merkten, ohne Rücksicht auf einzelne Personen oder deren politische Einstellung energisch durchgriffen und eifrig an der Klärung dieser Angelegenheit arbeiten. Ab heute ist ein Berliner Vorstandsmitglied an dieser Arbeit beteiligt.

Den Breslauer Buchdruckern wird am Sonntag in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung Gelegenheit gegeben werden, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Unsere Genossen werden auch diesen Vorfall zum Anlaß nehmen, um in aller Sachlichkeit, aber auch mit der notwendigen Schärfe, für eine Gesundung der freien Gewerkschaftsbewegung zu kämpfen. In den Vordergrund aller gewerkschaftlichen Tätigkeit ist wieder der Klassenkampf, ist der Kampf zum Sturz des kapitalistischen Systems zu stellen. An der Spitze müssen Klassengenossen stehen, die nicht durch ein Gehalt, das das Vielfache des Lohnes eines Betriebsarbeiters beträgt, immer mehr ihrer Klasse entfremdet werden und — weil sie die Lebensgewohnheiten gutsituierter Bourgeois nachahmen wollen — sehr oft dann straucheln, sondern die für das Gehalt eines hochqualifizierten Arbeiters ihr Können und ihre Kraft in den Dienst des klassenbewußten Proletariats stellen. Ueber die Mitgliederversammlung und das bis dahin getätigte Ergebnis der Untersuchung werden wir ausführlich berichten.

Aus Mussolinis Idealstaat

Sozialpolitik und Imperialismus

Die schwerindustrielle „Bergwerkszig." meldet am 13 August:

„Wir berichteten bereits über die Beteiligung Italiens an den Erdölausbeutungen auf dem rechten Tigrisufer, die von der British Oil Development (zu deutsch: britische Oelforderung. D. Red.) mit 25%iger Beteiligung der halbstaatlichen Agip (zu deutsch: Allg. italienische Petroleumgesellschaft. D. Red.) in Angriff genommen sind ... Mit der Inangriffnahme der neuen Bohrungen hängt die im Mai erfolgte Erhöhung des Aktienkapitals der Agip von 140 auf 200 Millionen Lire zusammen. Wie jetzt bekannt wird, nimmt an dieser Erhöhung um 60 Millionen Lire der italienische Staat mit 36 Millionen Lire teil. Weiterhin sind mit je 12 Millionen Lire das nationale Versicherungsinstitut und die Nationalkasse für Sozialversicherung beteiligt."

Diese Nachricht, die Italien als Verbündeten des englischen Erdölimperialismus in Mesopotamien zeigt, wirft ein recht deutliches Licht auf die imperialistischen Absichten Italiens im „Nahen Osten", auf seine Bündnispolitik usw. Aber vielleicht noch interessanter für das Proletariat ist die Tatsache,

daß die imperialistische Politik des italienischen Staates von der Sozialversicherung mitbezahlt wird.

Außer dem direkten Zweck der Lastenabwälzung auf die Lohn- und Gehaltsempfänger verfolgt der Faschismus damit noch den indirekten, das Proletariat materiell am Imperialismus zu interessieren. Zwar brauchen sich die Sozialversicherten nicht einzubilden, daß sie von den Profiten der Agip etwas haben werden, aber im Fall einer Pleite müssen sie den Verlust der Aktien büßen.

Deutscher Proletarier, denk daran, daß das „Dritte Reich" eine verstärkte Neuauflage des italienischen Faschismus werden soll!

Die Konvertierung der englischen Kriegsanleihen

Berlin, 16. August.

CNB. Die Konvertierung der englischen Kriegsanleihen begegnet in Berliner politischen Kreisen großem Interesse vom wirtschaftlichen Standpunkt aus. Der Betrag, um den es sich handelt, beläuft sich auf zwei Milliarden Pfund, in unser Geld umgerechnet also auf 40 Milliarden RM. Die Verzinsung der Stücke ist von 5 auf 3½ Prozent herabgesetzt worden. Von den Besitzern dieser Anleihestücke haben sich mehr als 90 Prozent mit dieser Herabsetzung des Zinsfußes einverstanden erklärt. Für den englischen Haushalt wird damit eine große Ersparnis erzielt, die sich mindestens auf 350 Millionen Goldmark pro Jahr erstreckt.

Man kann wohl annehmen, daß entsprechend der Herabsetzung des Zinsfußes der öffentlichen Kriegsanleihen in England auch eine Herabsetzung der übrigen Zinsen erfolgen wird.

Staatskommissare für preußische Gemeinden

CNB. Berlin, 17. August.

Nach in der Presse aufgetauchten Ankündigungen sollte noch heute mit dem Erlaß einer Verordnung zu rechnen sein, durch die in etwa 50 preußischen Gemeinden Staatskommissare mit dem Auftrag eingesetzt werden, für die Abführung rückständiger Steuern zu sorgen. Eine solche Verordnung wird, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, erst morgen oder übermorgen kommen. Die Besprechungen sind im einzelnen noch nicht abgeschlossen. An den maßgebenden Stellen hält man die Angelegenheit übrigens keineswegs für eine große Aktion, vielmehr basiert ja auch die Entsendung solcher Beauftragter bereits auf der Notverordnung der früheren preußischen Regierung, in deren Paragraph 9 eine entsprechende Ermächtigung enthalten ist.

Professor Piccard gestartet

Professor Piccard ist unter ungeheurem Jubel einer riesigen Menschenmenge bei fast völliger Windstille um 5.05 Uhr früh zu seinem Stratosphärenflug gestartet.

Ueber die letzten Startvorbereitungen wird noch gemeldet:

Um 3 Uhr früh wurde die Gondel unter den Ballon geschoben. Die Befestigung des Ventils an der Gondel nahm Professor Piccard selbst vor, der sich seit 2.30 Uhr wieder auf dem Flugplatz befand, nachdem er vier Stunden in einem Schuppen der Suisse Aero geschlafen hatte. Kurz nach 3 Uhr erschien Frau Piccard mit ihren vier Kindern. Mittlerweile wurde bekannt, daß auch Dr. Ekkener aus Friedrichshafen auf dem Flugplatz eingetroffen sei. Kurz vor 4.30 Uhr hielt Professor Piccard noch eine kurze Ansprache an die Pressevertreter. Er teilt mit, daß 650 kg Ballast in der Gondel seien und daß der Ballon einen Aufstieg von 85 kg habe, was gerade recht sei. Professor Piccard betonte, daß lediglich technische und meteorologische Gründe ihn bewogen hätten, diesmal in Zürich zu starten. Auf eine Frage, welche Richtung der Ballon wahrscheinlich einschlagen werde, erklärte Professor Piccard, daß er dies unmöglich wissen könne. Vielleicht fliege er nach Norden, vielleicht nach Süden. Darauf wurden die Ballonpioniere versammelt, denen Piccard seinen Dank aussprach. Sodann verabschiedete sich der Forscher von seinen Mitarbeitern und von seiner Familie, worauf er in die Gondel stieg.